

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 11. Februar 1931

Nummer 12

Verständigung oder lohnpolitische Diktatur?

Daß der im Schiedspruch vom 2. Februar für das deutsche Buchdruckgewerbe vorgesehene Lohnabbau von 6 Proz. des Tariflohns eine sozial- und wirtschaftspolitische Ungerechtigkeit darstellt, ist übereinstimmende Ansicht aller deutschen Buchdruckereiarbeiter. Seine sozialpolitische Haltlosigkeit ergibt sich zunächst daraus, daß er in keiner Weise die besondere Notlage der in der entlohnung berückichtigt, sondern gerade jene relativ härter trifft, die bisher schon in ihrer Lebenshaltung auf wenig befriedigender Stufe trotz der beruflichen Pflichten zu erfüllen hatten. Sozialpolitisch gesehen noch ungerechter ist dieser einseitige Lohnabbauvorschlag aber nicht zuletzt deshalb, weil seine einzig mögliche Rechtfertigung, der Abbau des Arbeitslosenehends, in keiner Weise berücksichtigt wird. Ohne eine vernünftige Einschränkung oder Berücksichtigung dieser berechtigten Forderung würde daher eine etwaige diktatorische Durchsetzung dieses Lohnabbauvorschlags den Charakter eines Lohnraubs annehmen, der infolge seiner ungenügenden Verbitterung der davon betroffenen Arbeiterschaft die bisherigen gewerblich-sozialen Beziehungen zwischen Prinzipalität und Arbeiterschaft auf tiefste erschüttern müßte. Dies um so mehr, als die wirtschaftliche Notwendigkeit für einen Lohnabbau trotz aller gegenteiligen Behauptungen auf Unternehmerseite von keinem Buchdrucker aus innerer Überzeugung anerkannt werden kann. Die einschlägigen Beweise hierfür ergeben sich nicht nur aus der nominalen Preisgestaltung im Buchdruckgewerbe, die die Lohnsteigerung allein in den letzten sechs Jahren turmhoch übersteigt, wie aus der nachstehenden graphischen Darstellung zu ersehen ist, sondern auch aus dem ganzen inneren Aufbau des gesamten Buchdruck- und Zeitungsgewerbes.

Die vierfache der Vorkriegspreise ist hier nicht selten zu finden; in vorstehender graphischer Darstellung der Entwicklung des Preistarifs ist die Preisgestaltung im Zeitungsgewerbe nur zum kleinsten Teil mitberücksichtigt. Die breitere Öffentlichkeit wird in vorstehender Zurückhaltung der Zeitungsverleger auf diesem Gebiete absichtlich im unklaren gehalten; denn hier handelt es sich um sogenannte Geschäftsgeheimnisse, über die man nicht einmal im eignen Hause gern spricht. Auch wir wollen davon Abstand nehmen, noch auf weitere Einzelheiten einzugehen, obwohl uns haufenweise Material dazu zur Verfügung steht. Immerhin sind wir der Ansicht, daß es ohnedies nicht schwerer sein dürfte, die beiderseitigen Interessen auf eine gerechtere und vernünftiger Basis zu stellen, als dies durch den von den Schlichtern vorgeschlagenen Lohnabbau möglich wäre. Denn weder die Öffentlichkeit noch die Unternehmer unfres Gewerbes würden von einer willkürlichen Anwendung der staatlichen Zwangsgleichheit in diesem Falle einen Nutzen haben, zumal es sich hier um ein Gewerbe handelt, in dem die berufliche Leistungsfähigkeit und persönliche Freude an der Arbeit aller Arbeitskräfte von ausschlaggebender Bedeutung ist.

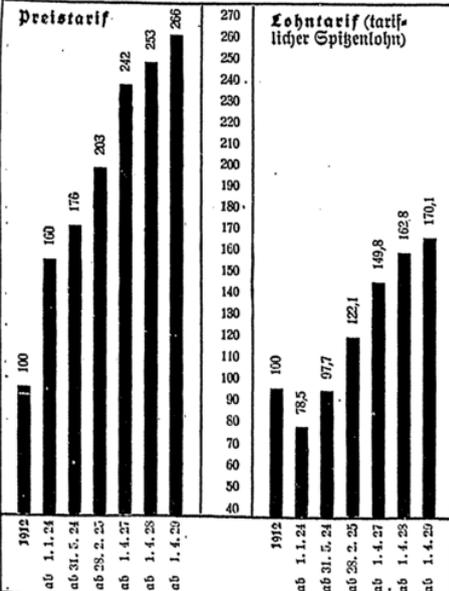
Wir verzichten daher auch darauf, den in Unternehmenskreisen immer noch vorherrschenden wirtschaftspolitischen Ansinn im Glauben an eine Gesundung der Wirtschaft auf dem Wege des Lohnabbaues in diesem Zusammenhang noch einmal zu widerlegen. Daß diese Theorie besonders in den letzten anderthalb Jahren zu einem immer größeren Verhängnis für die deutsche Wirtschaft geworden ist, kann nur nicht einsehen, wer an dem trostlosen Schicksal unserer fünf Millionen arbeitslosen Volksgenossen ein mehr platonisches als soziales Interesse hat. Es sind sowohl im deutschen Reichstag wie im preussischen Landtag über die Ursachen der Arbeitslosigkeitkatastrophe in den letzten Tagen sehr deutliche und unwiderlegbare Beweise öffentlich erörtert worden. Es dürfte nicht nötig sein, sie noch einmal zu wiederholen. Sie gelten auch für das deutsche Buchdruckgewerbe nach Ursache wie Wirkung. Weil dem so ist, erblicken wir auch nach wie vor in dem vom Zentralausschichtungsamt für das deutsche Buchdruckgewerbe gefällten Schiedspruch keinen praktischen Ausweg aus dem für uns allein maßgebenden Arbeitslosenehend, soweit unser Gewerbe in Frage kommt. Dieser Schiedspruch wird vielmehr ein sehr teurer und bitterer Zankapfel für beide Tarifparteien sein, solange er nicht auf paritätischer und tariflicher Grundlage ein bei vernünftiger Überlegung leicht zu schaffendes Gegengewicht in Form eines gemeinsamen Opfers für unsere arbeitslosen Berufsgenossen erhält. Ein solches Gegengewicht ließe sich dadurch schaffen, daß der durch den Schiedspruch vorgeschlagene Lohnabbau durch weitere Verhandlungen in eine für beide Teile erträgliche Umrechnung auf eine Verkürzung der Arbeitszeit mit entsprechender Einreihung arbeitsloser Buchdruckereiarbeiter in den Produktionsprozeß umgewandelt würde. Das würde allerdings für die Unternehmer keinen besonderen Vorteil von der Lohnseite her bedeuten, sie jedoch bezüglich eines dafür einzurechnenden Preisabbaues relativ auch nicht mehr belasten als die Arbeiterschaft durch teilweisen Lohnverzicht. Am keinen Zweifel darüber zu lassen, wie wir uns die Lösung dieses Problems ohne jeden Eingriff in den Marktanteil vorstellen, sei folgender Vorschlag für Arbeitsreaktion und Lohnausgleich im deutschen Buchdruckgewerbe hiermit der Öffentlichkeit übergeben:

1. Unter Verlängerung des bestehenden Lohntarifs im Rahmen des Deutschen Buchdruckertarifs erklären sich beide Tarifparteien bereit, zwecks Verminderung der Arbeitslosenzahl der Buchdruckereiarbeiter betriebliche Vereinbarungen über eine bestmögliche Verknüpfung der wöchentlichen Arbeitszeit auf vierzig Stunden mit einem Ausgleich bei über tariflicher Entlohnung von 50 Proz. bei rein tariflicher Entlohnung von 60 Proz. des bisherigen Lohnes für je eine ausfallende Arbeitsstunde tarifrechtlich anzuerkennen.
2. Auf je vierzig durch Arbeitszeitverkürzung für das bisherige Buchdruckereiarbeiterpersonal ausfallende Arbeitsstunden ist eine weitere Arbeitskraft einzustellen.

Auf dieser Basis liegen sich die größten Gefahren, die aus der gegenwärtigen Situation durch den Schiedspruch für das ganze Gewerbe auf lange Zeit hinaus drohen, ausschalten. Auch könnten dabei besondere betriebliche Verhältnisse weitgehend Berücksichtigung finden. Der Arbeiterschaft wäre durch eine wesentliche Verringerung der Zahl ihrer arbeitslosen Kollegen eine soziale Genugtuung für eine teilweise Minderung ihres Einkommens geboten; die öffentliche Arbeitslosenversicherung würde erheblich entlastet und könnte infolge vorbildlicher Weiterwirkung einer solchen Lösung des Arbeitslosenproblems auch auf andre Industrie- und Gewerbebezweige in kürzester Frist sogar zu einer Herabsetzung ihrer Beiträge streben. Für die Unternehmer könnte die moralische Verpflichtung zum Preisabbau durch Übernahme der aus einer solchen Regelung erwachsenden Befahrung bis zu einem gewissen Grade als abgegolten gelten. Dadurch wäre es auch möglich, die auf dem innerdeutschen Absatzmarkt seit Erweckung verfehlter Preisabbauhoffnungen lastende Zurückhaltung der Käufer zu überwinden. Für die Reichsregierung und insbesondere für den Reichsarbeitsminister wäre ferner auf einer solchen Grundlage die Möglichkeit geboten, der gegenwärtig größten Gefahr für das deutsche Volk, den deutschen Staat und die Wirtschaft Herr zu werden, indem sie einer solchen von Unternehmern und Arbeiterschaft in freier Vereinbarung verlusten Lösung des Arbeitslosen-, Preis- und Lohnproblems ihre Hilfeleistung nicht verweigern.

Im deutschen Buchdruckgewerbe sind die wichtigsten Voraussetzungen für eine solche Lösung für beide Tarifparteien gegeben: Auf Arbeiterschaftes Seite organisiertes kollegiales Zusammenhalt und eine seit vielen Jahrzehnten erprobte folkbare Opferbereitschaft für alle vom Schicksal besonders hart angefaßten Berufsgenossen; auf Unternehmenseite bedingende verhältnismäßig komplizierten und teuren Produktionseinrichtungen eine wesentliche Abhängigkeit von gut geschulten und leistungsfähigen Arbeitskräften; außerdem erfordert eine geradezu beispiellose gegenseitige Konkurrenz bis ins kleinste ausgearbeitete Arbeitsbedingungen, deren Lockerung von der Lohnseite her je nach dem Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter für viele mittlere und kleine Betriebe geradezu verhängnisvoll werden müßte. Denn die technisch besser eingerichteten Mittel- und Großbetriebe würden infolge ihrer meist günstigeren und produktiveren Arbeitsbedingungen eine noch weit gefährlichere Konkurrenz als bisher entfalten können. Einem solchen Chaos würde eine lohnpolitische Diktatur, die an dem kollegialen Empfinden der Arbeiterschaft für ihre arbeitslosen Berufsgenossen achlos vorüberginge, Tür und Tor öffnen. Denn dann wären die Buchdruckereiarbeiter moralisch gezwungen, in anderer Weise als bisher nur von sich aus dafür zu sorgen, daß die Furie des Arbeitslosenehends nicht nur nicht weiter um sich greift, sondern eine wesentlich stärkere

Entwicklung des Preis- und Lohntarifs im Buchdruckgewerbe (1912=100)



In deutschen Zeitungsgewerbe wurden nach der Inflation die Inseraten- und Bezugspreise im allgemeinen noch viel höher gesteigert. Das Preis-

Gegenwehr in Arbeiterkreisen selbst findet. In welcher Form das geschehen wird und kann, ist hier nicht zu erörtern. Sicher wird aber das Verhalten der deutschen Buchdrucker bei eventueller willkürlicher Ausschaltung ihres in jahrzehntelangem Ringen erkämpften Mitbestimmungsrechts in Leistung und Gegenleistung davon abhängig sein, ob ihre guter und ehrlicher Willen und ihre Opferbereitschaft zur Überwindung des Elends ihrer arbeitslosen Kollegen nicht nur von Unternehmerseite, sondern auch noch von der Reichsregierung trotz vernünftigerer Ansicht des Reichstanzlers durch lohnpolitische Diktatur mit Hilfe getreten werden!

Die Möglichkeit einer Verständigung zwischen den beiden Tarifparteien im deutschen Buchdruckergewerbe ist also trotz einmütiger Ablehnung des Lohnabbauschieds durch die Arbeiterschaft immer noch nicht verschüttet. Durch eine schematische Verbindlichkeitsklärung, über die auf Antrag der Unternehmer vor dem Reichsarbeitsministerium am Erscheinungstage der vorliegenden Nummer verhandelt werden wird, würden die in Frage kommenden Schichten eines lohnpolitischen Diktats nur noch vertieft statt gemildert werden. Denn bei aller Achtung vor den Gesetzen wird sich doch für die deutschen Buchdrucker-

arbeiter die Erkenntnis nicht ausschalten lassen, daß in der Lohnabbauhilfe, wie sie bisher vom Reichsarbeitsministerium geleistet wurde, eine im Widerspruch zu den sozialen Grundzügen des staatlichen Schlichtungswesens stehende einseitige Begünstigung von Unternehmerinteressen ihren Ausdruck findet. Dieser Widerspruch würde in diesem Falle, wo es sich um ein Gewerbe handelt, in dem weder ausländische noch inländische Konkurrenzverhältnisse eine Lohnsenkung rechtfertigen, um so schärfer empfunden werden, als die deutschen Buchdruckerarbeiten schon durch ihre Antragstellung zu den Lohnverhandlungen im Dezember v. J. unabweislich zu erkennen gegeben haben, daß sie bereit sind, zugunsten ihrer arbeitslosen Berufsgenossen auf dem Wege der Arbeitszeitverkürzung und möglichst paritätischem Lohnausgleich auch ihrerseits Opfer zu bringen. Damit haben die Buchdrucker sowohl den Schlichtern wie jetzt dem Reichsarbeitsministerium die Möglichkeit gegeben, die in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Wirkung unheilvolle Lohnabbauwelle aufzuhalten, und an ihre Stelle eine marktsichere und staatspolitische Verpflichtung zur praktischen Bekämpfung des Arbeitslosenelends, und zwar im Sinne der von Reichstanzler Dr. Brüning in seiner Kölner Rede vom

25. Januar ausgesprochenen Mahnung an die deutschen Unternehmer und Arbeiter zu setzen. Die Möglichkeit einer solchen vernünftigen Lösung oder wenigstens Milderung des Arbeitslosenproblems würde aber durch eine staatspolitische Diktatur auf dem Lohngebiete durch Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs für das deutsche Buchdruckergewerbe vom 2. Februar in kurzfristiger Weise sabotiert. Denn von einem im Sinne des Schiedspruchs um 6 Proz. abgehauchten Lohn später noch weitere Abstriche für Arbeitsfindung zu machen, würde einer doppelten Belastung gleichkommen und die Kaufkraft der Arbeiterschaft derart schwächen, daß neben Ernährung und Wohnung kaum noch weitere Ausgaben zu bedenken wären. Deshalb kann eine vernünftige Lösung des gegenwärtigen Konflikts nur durch Verbindung der Lohnregelung mit dem Arbeitslosenproblem auf dem Wege der Verständigung zwischen den Tarifparteien erzielt werden. Eine gegenständige Entscheidung, die das letzte Vertrauen der Arbeiterschaft des Buchdruckergewerbes in die Objektivität des Reichsarbeitsministeriums gershagen müßte, würde auch den Unternehmern keineswegs zum Segen gereichen! Darum **Ablehnung vom Lohnabbau und Einjah aller Kräfte zur praktischen, nicht nur theoretischen Bekämpfung des Arbeitslosenelends!**

**Stellungnahmen zum Lohnabbauchieds-
spruch**

Altenburg. In der Bezirksversammlung am 8. Februar nahm in großer Erregung ausschließliche Stellung zu dem gefällten Lohnschiedspruch. Sie hätte lieber gesehen, daß trotz der jetzigen schlechten Lage die Verhinderung des Spruchs durch Kampfmaßnahmen erfolgt. Der Versuch war stark und die Aussprache sehr lebhaft. Die Versammlung faßte einmütig nachstehende Entscheidung: „Die am 8. Februar 1931 abgehaltene, stark besuchte Versammlung des Bezirks Altenburg lehnt den gefällten Lohnschiedspruch einstimmig ab und beauftragt ihre Führer, der Kollegenchaft mit allen Mitteln zu ihrem Recht zu verhelfen.“

Baden-Baden. In einer sehr gut besuchten Protestversammlung am 8. Februar nahmen wir gegen den Lohnschiedspruch Stellung, der nichts anderes als nackten Lohnraub bedeutet. Wir protestieren vor allem dagegen, daß von dem wirklich stichhaltigen Material der Gehilfenvertreter gar kein Gebrauch gemacht wurde. Wir begrüßen die spontane Erhebung der Karlsruhe Kollegen und schließen uns ihren Forderungen vollkommen an. Der geplante Lohnraub wird von uns einmütig abgelehnt.

Berlin. Eine zum 6. Februar nach dem „Germania-Jahres“ einberufene, stark besuchte außerordentliche Generalversammlung nahm Stellung zum Lohnabbauchiedsdruck. Nach ausgiebiger Diskussion, in der die Empörung über den ungeredhtfertigen Lohnabbau auflebte, wurde gegen wenige Stimmen folgende Entscheidung angenommen: „Die am 6. Februar 1931 in den Germania-Jahres tagende außerordentliche Generalversammlung des Vereines Berliner Buchdrucker und Schriftgießer lehnt einmütig den Lohnschiedspruch ab. Sie erachtet, daß bei den eventuellen Kaufverhandlungen vor dem Arbeitsministerium nicht nur der Lohnabbau abgewehrt, sondern auch dem von unsren Vertretern gestellten Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit Rechnung getragen wird. Die Verammelten warnen die staatlichen Schlichtungsinstanzen, das Schlichtungswesen zum Lohnraub gegen Kraft organisierter Gewerkschaften zu missbrauchen. Die Berliner Buchdrucker stehen im Kampf um Erhaltung ihres Lebensstandards geschlossen hinter der Verhandlung.“

Braunschweig. In der vollständig besuchte Versammlung am 5. Februar protestierte einmütig die Versammlung gegen den Lohnabbauchiedsdruck. Wir verlangen unter allen Umständen, daß sofort Verhandlungen angebahnt werden mit dem Ziel, das das Meer unser arbeitslosen dem Arbeitsprozess in weitestem Maße wieder zugeführt werde. Der gefällte Lohnschiedspruch ist unbedingt abzulehnen.

Eisenach. Die am 8. Februar hier abgehaltene, von mehr als 2000 Kollegen aus allen Orten des Bezirks besuchte außerordentliche Bezirksversammlung hat ihre Stellungnahme zu dem Ergebnis der Lohnverhandlungen in folgender Entscheidung einmütig zum Ausdruck gebracht: „Die am 8. Februar 1931 in Eisenach versammelten Buchdrucker des Bezirksvereines Eisenach lehnen den gefällten Lohnschiedspruch, der den Lebensinteressen der im Buchdruckergewerbe Beschäftigten direkt sohn prißt, mit aller Entschiedenheit ab. Die Versammelten verlangen im Interesse der dringend notwendigen Beseitigung der großen und langandauernden Arbeitslosigkeit innerhalb des Gewerbes unbedingte Verkürzung der Arbeitszeit und die Förderung auf Verkürzung der Arbeitszeit. Es ist nicht mehr zu ertragen, daß in einer schweren Periode die gegenwärtigen, in der die Regierung des Reiches durch Notverordnungen die Lebenshaltung der Arbeiter erschwert und herabdrückt, die Schlichtungsinstanzen formal-rechtliche Gründe in den Vordergrund stellen und so die Lebensnot der aus dem Produktionsprozess geworfenen langfristigen Arbeitslosen gänzlich unberücksichtigt lassen. Die Kollegen erwarten von der Verbandsleitung, daß sie alles daran setzt, um den berechtigten Forderungen der Buchdrucker Geltung zu verschaffen. Die Kollegen stellen sich zu dem Zweck geschlossen hinter die Leitung des Verbandes und sind bereit, den Kampf aufzunehmen.“

Erzurt. Eine am 8. Februar hier abgehaltene überfüllte Bezirksversammlung nahm Stellung zu dem am 2. Februar gefällten Lohnschiedspruch. Einmütig vertrat sie den Standpunkt, den Lohnschiedspruch abzulehnen, da eine merkliche Verkürzung der Lebenshaltungskosten nicht eingetreten ist. Wir sind nicht gewillt, uns zwingen zu lassen, zu einer weiteren Senkung der Kaufkraft beizutragen.

Gera. In der Bezirksversammlung am 8. Februar nahm den Bericht des Vorsitzenden W. Kante von der Bezirksvorsteherkonferenz in Weimar entgegen. Nach reichlicher Aussprache über den Lohnschiedspruch wurde einstimmig folgende Entscheidung angenommen: „Die am 8. Februar 1931 versammelte Kollegenchaft des Bezirks Gera nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem gefällten Lohnschiedspruch, der einen Lohnabbau von 6 Proz. vom Tariflohn ab 14. Februar 1931 vorseht. In Anbetracht des Wertes der sogenannten Preisabbaufaktoren der Reichsregierung, die es wohl fertig bringt, die Löhne zu senken, aber nicht die Preise, lehnt die Kollegenchaft den Lohnschiedspruch ab und erachtet den Reichsarbeitsminister dringend, von einer Verbindlichkeitsklärung abzusehen. Die Forderung der Gehilfenchaft, Verkürzung der 48stündigen Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche, dadurch mögliche Einreichung eines großen Teiles der Arbeitslosen in den Produktionsprozess ist nicht berücksichtigt worden, trotzdem die Gehilfenchaft bereit ist, einen Teil des dadurch entstehenden Lohnausfalls zu tragen. Aus allen diesen Gründen lehnt die Gehilfenchaft des Bezirks Gera den Lohnschiedspruch einmütig ab und beauftragt den Bezirksvorstand, diese Entscheidung dem Verbandsvorstand zur Weiterleitung an den Reichsarbeitsminister zu übermitteln.“

Halle a. S. Eine am 6. Februar abgehaltene gut besuchte und sehr klirrende Versammlung lehnte einmütig den Lohnabbauchiedsdruck ab.

Hannover. Eine von über 1000 Kollegen besuchte Versammlung am 6. Februar nahm zu dem Lohnabbauchiedsdruck Stellung. Unser Gauvorsteher Pfingsten berichtete eingehend über den Gang der diesmaligen Verhandlungen, denen dieses Mal eine Plenarsitzung nicht vorausging, sondern gleich mit der Tätigheit des Zentral-Schlichtungsgremiums unter Vorsitz des Professors Braun begannen. Unsere Hoffnung, daß mit dem letzten Lohnschiedspruch die Vermittlung ihren Eingang halten würde, ist enttäuscht worden, wie der mit den Stimmen der Unternehmer gefällte Lohnschiedspruch beweist. Unsere Vertreter hätten mit Recht eine Mitwirkung zu einem Lohnabbauchiedsdruck abgelehnt. Die Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung des Lohnschiedspruchs laufe bis zum 9. Februar, aber der Verbandsvorstand und die Gauvorsteher hätten den Lohnschiedspruch sofort einmütig abgelehnt. Unsere Forderung zur Stunde geht dahin, daß dieser ungläubliche Lohnschiedspruch nicht für verbindlich erklärt werden darf. In der ausgedehnten Aussprache kam die Empörung, die dieser Lohnschiedspruch hervorgerufen hat, zum Ausdruck, und die erregten Zwischenrufe zeigten, daß die Empörung unter der Kollegenchaft bis zur Siebeshöhe gestiegen ist. Von allen Rednern wurde verlangt, daß die Schlichtungsordnung, einst geschaffen, um die arbeitende Bevölkerung vor der Diktatur des Kapitalismus zu schützen, jetzt aber zur Niederknüpfung der Arbeiter angewendet werde, beseitigt werden müsse, um unsern Kampf zur Erhaltung der Existenz der Kollegen mit allen Mitteln durchzuführen zu können. Eine Verbindlichkeitsklärung dürfte nicht erfolgen, solange sie aber trotzdem, so sei der Kampf trotzdem auf der ganzen Linie aufzunehmen. Unter klirrendem Beifall fand folgende Entscheidung einstimmige Annahme: „Die am 6. Februar im Burgsaal zu Hannover versammelten über 1000 Buchdrucker erheben härtesten Protest gegen den sozial ungerechtfertigten Lohnschiedspruch, der nur auf reaktionär-politischen Machtbewußtsein der Unternehmer aufgebaut und gefällig ist. Sie begrüßen die Ablehnung durch den Verbandsvorstand und lassen keinen Zweifel darüber, auch innerhalb der Verbindlichkeit den Kampf mit allen Mitteln, auch denen des offenen Kampfes gegen die Verbindlichkeitsklärung, gegen diesen Lohnschiedspruch aufzunehmen.“ Nachdem der Vorsitzende Böck unter „Verbindlichkeitsklärung“ noch eine Anzahl Vorlesungen lokaler Natur bekanntgegeben hatte, wurde diese insolente Kundgebung der Hannoverischen Buchdrucker geschlossen.

Jena. Eine am 8. Februar abgehaltene Bezirksversammlung am 8. Februar nahm Stellung zu dem am 2. Februar gefällten Lohnschiedspruch. Die Versammlung des Bezirks Jena lehnt den Lohnschiedspruch mit einem Prozentigen Lohnabbau auf das entschiedenste ab. Sie betrachtet diesen Lohnschiedspruch, eine Folge der von der Reichsregierung unterführten Unternehmerparole, die Gestehungskosten durch Lohnabbau zu senken, als eine vollkommen verkehrte Politik und eine einseitige Belastung der Arbeiterschaft. Die Eigenart des Buchdruckergewerbes ist bei dem gefällten Lohnschiedspruch in keiner Weise berücksichtigt. Die Versammlung erklärt, einmütig hinter der Verbandsleitung zu stehen und die von ihr getroffenen Maßnahmen kritisch zur Durchführung zu bringen.“

Karlsruhe. In einer von etwa 320 Kollegen besuchten Versammlung nahm die Gehilfenchaft Stellung zum Lohnabbauchiedsdruck. In der Diskussion kam u. a. zum Ausdruck, daß die von dem Schlichter, Professor Dr. Braun, gegebene Begründung als geradezu weltfremd und deplaciert angesehen werden muß. Besonders Mißfallen muß die Ausrufschaltung der Herabsetzung der Arbeitszeit erregen. Die Fällung des Lohnschiedspruchs ist als eine einseitige, von Regierungseite angeordnete Maßnahme zu betrachten, gegen die wir uns zur Wehr setzen müssen. Folgende Entscheidung fand einstimmige Annahme: „Nach der Berichterstattung unsrer Vertreter, der den Lohnverhandlungen in Berlin beiwohnte, kam die über Erwartung sehr stark besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung des Ortsvereines Karlsruhe im Verband der Deutschen Buchdrucker am Mittwoch, dem 4. Februar, zu folgendem Ergebnis: Der geplante Lohnabbau von 6 Proz. auf der ganzen Linie wird einmütig abgelehnt. Die Begründung des unparteiischen Vorsitzenden Dr. Braun ist inhaltslos, schematisch und trifft daher daneben. Sie ist eine regierungsseitige Anordnung, mit der der Reallohn der gesamten Arbeiterschaft annehmend unter allen Umständen und mit aller Gewalt herabgedrückt werden soll, unter vollständiger Missachtung der gegenwärtigen Lage. Außerdem ist dieser Lohnschiedspruch in seiner Beziehung mit den durchaus berechtigten Ansichten des Reichstanzlers Brüning in Köln vor den christlichen Gewerkschaften in Einklang zu bringen. Der von Regierungseite angeordnete Preisabbau stellt sich als offenbunder Preisabschwindel heraus, weshalb der geplante organisierte Lohnabbau unter heftigstem Protest abgelehnt werden muß. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt der Erhaltung des Reallohns unter besonderer Berücksichtigung der Verkürzung der Arbeitszeit zur Unterbringung unsrer Arbeitslosen. Dies wäre von der Regierung anzuordnen erste Pflicht, anstatt in schematischer Unternehmerräuber zu unterliegen.“ In der weiteren Aussprache wurde die Resolution teilweise als nicht scharf genug bezeichnet, anderseits wurde beantragt, mit den härtesten Mitteln die Verbindlichkeitsklärung des uns in gar keiner Weise rechtmäßigtragenden Lohnschiedspruchs anzukämpfen.

Königsberg. In unserer Generalversammlung am 8. Februar machte Gauvorsteher Reissner zum Lohnabbauchiedsdruck längere Ausführungen und teilte der Versammlung mit, daß die Gauvorsteher einmütig diesen Lohnschiedspruch abgelehnt haben. In der Diskussion kam eine Meinung zum Ausdruck und von sämtlichen Rednern wurde der Lohnschiedspruch gleichfalls abgelehnt. Die Lebenshaltung der Gehilfen wird weiter bedeutend verschlechtert zu sein. Die Gehilfen sehen es täglich wie es mit den Redereien am Ort liegt, nichts ist zu erkennen, daß es Besseres gibt! In einer Entscheidung kam einmütig der Wille zum Ausdruck, den Kampf gegen diesen Lohnraub aufzunehmen. Die Vertrauensleute werden beauftragt, im gegebenen Moment ein befristetes Ultimatum den Arbeitgebern zu stellen, daß der alte Lohn weitergezahlt wird. Wo dies nicht geschieht, treten die Kollegen geschlossen in den Kampf.

Magdeburg. In einer außerordentlichen Versammlung am 8. Februar nahmen die hiesigen Buchdrucker zum Lohnschiedspruch Stellung. In der sehr stark besuchten Versammlung wurde nach erregter Diskussion, die sich stark gegen die wirtschaftspolitische Restriktionslosigkeit der Preispolitik richtete, in einer Resolution der Lohnschiedspruch einmütig abgelehnt. Die Kollegialität und freiwillige gewerkschaftliche Disziplin werden jedoch auch weiter die Grundpfeiler bilden, die, wenn nicht im Augenblick, so doch für die weitere Zeit, den Aufstieg der Arbeiterschaft vorbereiten. Die Magdeburger Buchdrucker sind bereit, den klaren Parolen ihrer Führer zu folgen.

Meißen. Die am 8. Februar hier abgehaltene Bezirksversammlung am 8. Februar, die von 147 Kollegen besucht war, hat folgende Entscheidung gegen eine Stimme angenommen: „Die am 8. Februar 1931 in Meißen tagende, sehr gut besuchte Bezirksversammlung nimmt mit Entschiedenheit den Bericht über die Lohnverhandlungen und den gefällten Lohnschiedspruch Kenntnis. Sie protestiert auf das allerentschiedenste gegen den für das Buchdruckergewerbe getrossenen Lohnabbau, weil er mit den wirtschaftlichen Tatsachen nicht in Einklang gebracht werden kann. Insbesondere erhebt es der Versammlung unerträglich, daß keine Wege gefunden sind, die arbeitslosen Gehilfen unterzubringen. Der Verbandsvorstand hat sofort in dieser Hinsicht (im Sinne unsrer Forderungen) neue Verhand-

lungen anzubahnen. Ferner wünscht die Versammlung, daß die Druckereien der SPD. und KPD. mit gutem Beispiel vorangehen, indem die Arbeitszeit (im Sinne unserer Forderungen) verkürzt und dafür entsprechend arbeitslose Kollegen eingestellt werden.

Mühlhausen i. Th. Unser Bezirk hielt seine 7. Jahresversammlung am 8. Februar in Langensalza ab. Die Versammlung wies einen sehr starken Besuch auf, da ja als Hauptpunkt auf der Tagesordnung, Stellungnahme zum Schiedsspruch stand.

Nürnberg. Eine am 8. Februar abgehaltene, besonders stark besuchte außerordentliche Versammlung der Nürnburger Buchdrucker lehnte einmütig und mit Entrüstung den unverständlichen Schiedsspruch ab.

Röhrsdorf (Thür.). In unserer außerordentlichen Bezirksversammlung am 9. Februar, mit der Tagesordnung, Stellungnahme zum Schiedsspruch über den Lohnabbau, gab der Bezirksvorsitzende Weicker einleitend den Bericht über die am Abend zuvor in Weimar abgehaltene Bezirksvorsitzendenkonferenz.

Europa und der Faschismus*
Ende 1920 hatte Mussolini endgültig mit dem Sozialismus gebrochen und sich seit dieser Zeit auf die besitzenden Klassen gestützt. Die neue Gefolgschaft, die ihn vor allem durch große finanzielle Mittel unterstützte, war die Großindustrie in Mailand und Turin, dann die Landeigentümer und kleinen Pächter der Poebene, ferner die kleinen Händler und zunächst auch noch der intellektuelle Mittelstand.

tonung des Produktionsinteresses und die Auseinandersetzung der Probleme Produktion und Konsumtion in der faschistischen Wirtschaftstheorie diente, abgesehen von ihrer rein ökonomischen Wertfreiheit, wesentlich dem Interesse des Produktionsmittelsbesizers. Die angelegliche Synthese von Nationalismus + Sozialismus im Faschismus besteht heute darin, daß der Sozialismus gestrichen und in der faschistischen Ideologie ersetzt wird durch die „Verallgemeinerung des Kapitalismus“.

* Aus dem demnächst im Verlag Walter de Gruyter & Co. Berlin, erscheinenden Werk des Berliner Universitätsprofessors Dr. Hermann Heller: „Europa und der Faschismus“. (Zweite, veränderte Auflage.)

50 Jahre Verbandsmitglied



Emil Baumgartner in Baden-Baden Eingetretten: 13. Februar 1881. — Jetzt Invalide



leitserklärung dieses Spruches zu verhindern. Wir sind auch bereit, alle Konsequenzen aus einem eventuellen tariflosen Zustand zu ziehen. Wir stehen geschlossen hinter der Verbandsleitung, wenn sie uns, wann es auch sei, zum Kampf führt gegen die uns jetzt ausweglosen Verschlechterungen unserer Lebenshaltung.

Sagan. Mit noch nie dagewesener Entrüstung haben die hiesigen Kollegen von dem Lohnabbauheftigen Kenntnis genommen. Wir erwarten, daß diese unverständliche Maßnahme des Schlichters nicht nur von dem Verbandsvorsitzenden und der Tarifkommission aus, „formalen Gründen“ abgelehnt wird, etwa um nach außen hin Eindruck zu machen, sondern eine Abwehr mit dem äußersten Mittel der Arbeiterkraft!

Schweidnitz. Nach einem Referat des Bezirksvorsitzers Kögel (Badenburger) und längerer Aussprache nahm unsere gut besuchte Versammlung einmütig folgende Entschliessung an: „Die am 8. Februar im Blauen Hefch“ tagende Versammlung des Ortsvereins Schweidnitz nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Lohnraub im Buchdruckgewerbe, bedingt durch den Schiedsspruch vom 2. Februar. Die Begründung des Schlichters hint auf beiden Seiten. Wenn durch die Verhandlungen der Schlichter zu der Erkenntnis gekommen ist, daß es dem Buchdruckgewerbe nicht sehr gut geht, dann ist die Verarmung der Meinung, daß zum Buchdruckgewerbe nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Gehilfen gehören. Vertritt der Schlichter etwa die Meinung, daß es letzteren besser geht als den Arbeitgebern, dann täuscht er sich sehr und ist wenig eingeweiht in die Verhältnisse eines Arbeitnehmers im Buchdruckgewerbe.

Das es näher anders kam, liegt einmal daran, daß die faschistische Diktatur eben nicht mehr im Zeitfiter des manchesterlichen, sondern in der Epoche des gebundenen, organisierten Kapitalismus zur Welt kam; zum andern aber an der merkantilistischen Politik der faschistischen Diktatur, die, ohne das liberale Dogma grundsätzlich zu verleugnen, nach dem Vorbild des aufgetakelten Absolutismus die kapitalistische Initiative fördert, jede Art von wirtschaftlicher, sozialer oder politischer Selbstverwaltung aber ebenso bekämpft, wie alle politische Freiheit, und zwar manches für das Volk, aber nichts durch das Volk geschaffen lassen will.

Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik hat der Faschismus tatsächlich ein Programm, und zwar ein unzweifelhaft manchesterliches oder, wie die Italiener sagen, liberalistisches. Die drei faschistischen Nationalökonomten Pareto, Pantalonei und Ricci, mit welchen Mussolini in regem Gedankenaustausch stand, gehören alle drei dieser Richtung an. Der Duce, welcher sich als „liberal im klassischen Sinne des Wortes“ bezeichnet hatte, formulierte das Programm: „Verstärkung des politischen Staates, allmähliche Demobilisierung des ökonomischen Staates“; alle Staatsbetriebe, Eisenbahn, Post, Tabak- und Salzmonopol sollten der Privatwirtschaft übergeben werden.

Zu diesem aktuellen Thema das Wort zu ergreifen, ist nicht nur „zeitgemäß“, sondern mehr „gereizt voll“. Daß sich die Schlichter auch in unserm Beruf zu diesen „hütigen“ Scherz veranlaßt haben, ist mehr als Hoffn. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Ist mit der allerdings großen Arbeitlosenpaß der Beweis erbracht, daß im Buchdruckgewerbe wenig zu tun ist? Ich empfehle den Schlichtern und allen, die von diesem Wahn befallen sind, sich vom Vörsenverein der deutschen Buchhändler die „Wöchentlichen Berzeichnisse“ der Neuererscheinungen auf dem Büchermarkt

daß er die Unternehmer für die bereitete Forderung der Gehilfen gefügiger gemacht hätte. Was der Schlichter verurteilt hat, erluden wir von der Regierung nachzuholen, denn das Heer der Arbeitslosen zu entlasten ist doch Regierungssache.

Worms. Am 7. Februar fand in Weimar eine Konferenz der Bezirksvorsitzender statt, die zu den Lohnverhandlungen Stellung nahm, nachdem sie den Bericht des Gauvorsitzers Mislau entgegengenommen hatte. Die Konferenz legte ihre Entrüstung gegen den diktierten Lohnraub in nachstehender Entschliessung fest: „Die am 7. Februar 1931 in Weimar versammelten Bezirksvorsitzer des Gau's Thüringen lehnen es einmütig ab, dem Schiedsspruch ihre Zustimmung zu geben. Sie erwarten, daß bei etwa nachfolgenden Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium der Lohnabbau mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abgewehrt wird. Die Kollegen verurteilen auf das schärfste, daß die Schlichter die soziale Forderung der Gehilfenhaft auf Verfüzung der Arbeitszeit gänzlich unberücksichtigt gelassen haben. Die Schlichtungsinstanzen mögen in Zukunft bedenken, daß das Schlichtungswesen nicht dazu mißbraucht werden darf, zum Lohnraub gegen stark organisierte und gut disziplinierte Gewerkschaften zu dienen. Die Kollegenhaft steht geschlossen hinter der Leitung des Verbandes.“

Worms. Die am 8. Februar hier abgehaltene Bezirksversammlung lehnte es einmütig ab, dem Schiedsspruch ihre Zustimmung zu geben. Sie erwarten, daß bei etwa nachfolgenden Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium der Lohnabbau mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abgewehrt wird. Die Kollegen verurteilen auf das schärfste, daß die Schlichter die soziale Forderung der Gehilfenhaft auf Verfüzung der Arbeitszeit gänzlich unberücksichtigt gelassen haben. Dem Lohnabbau gebührt schon deshalb Ablehnung, weil die Vorteile dieses Abbaues nicht der Volksgemeinheit, sondern einzig und allein den Arbeitgebern zugute kommen. Die Schlichtungsinstanzen mögen in Zukunft bedenken, daß das Schlichtungswesen nicht dazu mißbraucht werden darf, den Lohnraub gegen stark organisierte und gut disziplinierte Gewerkschaften zu benutzen. Die Kollegenhaft steht geschlossen hinter der Leitung des Verbandes.

Zu diesem aktuellen Thema das Wort zu ergreifen, ist nicht nur „zeitgemäß“, sondern mehr „gereizt voll“. Daß sich die Schlichter auch in unserm Beruf zu diesen „hütigen“ Scherz veranlaßt haben, ist mehr als Hoffn. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Ist mit der allerdings großen Arbeitlosenpaß der Beweis erbracht, daß im Buchdruckgewerbe wenig zu tun ist? Ich empfehle den Schlichtern und allen, die von diesem Wahn befallen sind, sich vom Vörsenverein der deutschen Buchhändler die „Wöchentlichen Berzeichnisse“ der Neuererscheinungen auf dem Büchermarkt

Zum „diktatorischen“ Lohnabbau

Zu diesem aktuellen Thema das Wort zu ergreifen, ist nicht nur „zeitgemäß“, sondern mehr „gereizt voll“. Daß sich die Schlichter auch in unserm Beruf zu diesen „hütigen“ Scherz veranlaßt haben, ist mehr als Hoffn. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Ist mit der allerdings großen Arbeitlosenpaß der Beweis erbracht, daß im Buchdruckgewerbe wenig zu tun ist? Ich empfehle den Schlichtern und allen, die von diesem Wahn befallen sind, sich vom Vörsenverein der deutschen Buchhändler die „Wöchentlichen Berzeichnisse“ der Neuererscheinungen auf dem Büchermarkt

Zu diesem aktuellen Thema das Wort zu ergreifen, ist nicht nur „zeitgemäß“, sondern mehr „gereizt voll“. Daß sich die Schlichter auch in unserm Beruf zu diesen „hütigen“ Scherz veranlaßt haben, ist mehr als Hoffn. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Ist mit der allerdings großen Arbeitlosenpaß der Beweis erbracht, daß im Buchdruckgewerbe wenig zu tun ist? Ich empfehle den Schlichtern und allen, die von diesem Wahn befallen sind, sich vom Vörsenverein der deutschen Buchhändler die „Wöchentlichen Berzeichnisse“ der Neuererscheinungen auf dem Büchermarkt

der letzten Jahre senden zu lassen, und dann sollen sie an Hand dieser unzulänglichen Verzeichnisse nachweisen, daß in letzterer Zeit ein Rückgang festzustellen ist, der zu einer solchen Behauptung berechtigt. In diesen Dokumenten ist unzweifelhaft zu erkennen, daß die Arbeitslosigkeit andre Ursachen hat. In erster Linie steht hier die „sogenannte“ Nationalisierung. Wie diese im Buchdruckgewerbe ausgeht, könnte einem späteren Artikel überlassen sein. Nur soviel, daß die Qualität der Quantität weichen mußte und alleiniger Kuhnheiser dieser „Mehrwertschaff“ der Buchdruckunternehmer ist. Und trotzdem das Geschrei vom schlechten Geschäftsgang.

Gelangt man weiter auf das Problem des Lohnabbaues ein, muß man erkaunt sein über die „Logik“ dieses Beginns. Man will die wirtschaftliche Notlage „gesundend“, und zwar durch weitere Entzweiung des Innenmarktes, die doch zweifellos durch Lohnkürzung erfolgt. Der praktisch und ehrlich denkende Arbeiter hat für solchen Anstich kein Verständnis. Nebenbei kürzt ja der Staat auch sein eigenes Einkommen, indem bei weniger Lohn auch weniger Steuern erhoben werden. Sehnt man in Regierungskreisen den Augenblick mit Macht herbei, wo die Staatskasse den sozialen Anforderungen nicht mehr gewachsen ist? Ohne kommunistisch oder nationalsozialistisch gefärbt zu sein, muß man schon als normal denkender Mensch zu dem Standpunkt kommen, daß einem Schreden ohne Ende ein Ende mit Schreden vorzuziehen ist. Denn dieses immer mehr sich ausbreitende Chaos wird durch solche Experimente, wie sie die Regierung beliebt, nicht gebannt.

Von Seiten der Arbeiterschaft muß diese „Lohnabbau- leuchte“ nur als ein Betrug am Staat und an der Arbeiterschaft empfunden werden. Kein Mensch spürt etwas von Preisabbau, es müßte denn sein, daß die Lebensbedingungen der Besitzenden billiger geworden sind; das kann allerdings der Arbeiter bei seiner „Hausmannskost“ nicht beurteilen. Nur so weiter! Man kann ja schließlich auch mit 38 einen Trimmerhaufen errichten. Leipzig. P a u l o.

Die Schuldigen

Aber ganz Deutschland geht eine Lohnabbauwelle. Die Forderungen der Unternehmer sind maßlos und kennen keine Grenzen. Ginge es nach ihren Wünschen, würde ein Lohnabbau bis zu 50 Proz. durchgeführt. Sie können es gar nicht eilig genug haben mit der Kündigung von Tarifverträgen und Umstellung ihrer Wünsche. Die Konjunktur ist günstig für sie, sie wollen die Gelegenheit ausnützen, ehe es zu spät ist. Solche Wahlen, wie wir sie am 14. September 1930 in Deutschland gehabt haben, dürften sich kaum wiederholen. Was wissen auch die Unternehmer, daher wollen sie die günstige Chance, die ihnen der nationalsozialistische Wahlsieg gebracht hat, nicht unausgenutzt lassen.

Wer bisher noch geglaubt hat, daß Wirtschaft und Politik zwei getrennte Dinge sind, dem müssen die Folgen der Wahlen eines andern belehrt haben. Kaum fanden die Wahlergebnisse fest, und schon melbten die Unternehmer ihre Forderungen an. Das politische Schwergewicht hat sich nach rechts verschoben, eine willkommenige Gelegenheit für die Unternehmer, ihren schon längst geplanten Selbstzug gegen die Löhne zu eröffnen. Es war gewiß kein Zufall, daß die schwerindustrielle „Bergwerks-Zeitung“ eine Woche nach der Wahl schrieb, der Ausfall der Wahl müsse sich auf das Lohnniveau auswirken. Womit mehr oder weniger verständlich ausgesprochen ist, daß jetzt der geeignete Zeitpunkt da ist, einen Druck auf die Löhne ausüben zu können. Die Arbeiter, die den Nationalsozialisten zu ihrem unverhofften Sieg verholfen haben, haben ihre eigne Lebenshaltung beschnitten.

Waffenarbeitslosigkeit, Not und Elend waren seit jeher die stärksten Stinderungsgründe für einen erfolgreichen Kampf um die Haltung des erreichten Lohnniveaus. Wenn

die Verzweiflung und seelische Zermürbung erst um sich greift, wird der Kampfesmut des einzelnen geschwächt. Aber was der einzelne in solchem Fall nicht halten kann, kann die Organisation immer noch abwehren, wenn sie die Arbeiter hinter sich hat. Auf eine große Arbeitslosigkeit muß daher nicht immer eine Lohnabbauwelle folgen, es müssen noch andre Begleiterscheinungen hinzukommen. Diese sind in dem jetzigen Fall, und daran hilft kein Zweifel und Deuteln, die politischen Wahlen vom 14. September. Sie haben den Unternehmern Mut gemacht, ihre schon längst gehegten Wünsche auf Lohnabbau vorzubringen und durchzuführen. Bei einem andern Ausfall der Wahlen dürften sie es kaum gewagt haben, mit solcher Brutalität gegen die Löhne vorzugehen. Die deutsche Arbeiterschaft kann Herrn Hitler die Quittung für die rigorose Kürzung des Lohnniveaus vorlegen.

Mein zeitlich stimmen die Dinge schon überein. Gleich nach den Wahlen gingen die Unternehmer zur Kündigung der Lohnverträge über. In der Zeit vom 14. September bis heute ist fast kein Beruf übergangen worden. Sei den Berliner Metallarbeitern, deren schlechtes Organisationsverhältnis nicht schuldlos daran ist, daß sie den Anfang machten, hat es begonnen. Die Schlichtungsinstanzen, beeinflusst von der nach der Wahl hin- und her schwankenden bürgerlichen Reichsregierung, sind den Wünschen der Unternehmer entgegengekommen. Dann folgte Schlag auf Schlag, die einzelnen Unternehmerorganisationen überboten sich förmlich in der Auffassung ihrer Lohnabbauforderungen. Die Gründe, die sie dafür anführen, daß der Lohn gekürzt werden muß, sind alte Ladehüter. Jemand etwas Neues, das durch die wirtschaftlichen Tatsachen gerechtfertigt erscheint, bringen sie nicht vor. Zu hohe Gestehungskosten, mangelnde Konkurrenzfähigkeit sind alte Argumente, die man schon in der Vorkriegszeit gehört hat.

Als bestimmender Grund steht hinter dem Lohnabbau der Unternehmer die Verschiebung der politischen Machtverhältnisse. Es hat sich schon immer erwiesen, daß die Unternehmer politischen Stimmungen und Entscheidungen eine ganz andre Bedeutung beilegen als die Arbeiter. Sie münzen eine schwache politische Situation der Arbeiter sofort in wirtschaftliche Tatsachen zu ihren Gunsten um. Mancher Arbeiter mag vielleicht denken, daß ihm seine Besserstellung für Hitler wirtschaftlich nicht schaden kann. Der Unternehmer aber weiß, daß er Vorteil daraus ziehen kann, und er tut es. Insofern sind die finanziellen Zuwendungen der Unternehmer an die Nationalsozialistische Partei nicht ohne Gegenleistung geblieben. Was man der Hitlerpartei jahrelang zugestekt hat, das schlägt man jetzt auf dem Wege des Lohnabbaues heraus.

Die Gile der Unternehmer bei dem Lohnabbau zeigt auch wieder ihre nächste Berechnung. Die Nazis träumen von 200 Mandaten, die sie bei der nächsten Wahl erringen werden. Die Unternehmer indes wissen ganz gut, daß diese politische Seifenblase bis dahin geplatzt ist und die Ausschichten für einen weiteren Lohnabbau damit geschwunden sind. Auch wird sich allmählich die Wirtschaftslage bessern, und damit verringert sich sowohl der Mandatsbestand der Nazis. Mit der Schwächung der Hitlerpartei aber wendet sich das Blatt zugunsten der Arbeiter. Die politische Macht der Arbeiter stärkt sich wieder. Anstatt Lohnabbau kommt dann der Lohnaufbau. Solche Erwägungen, die wirtschaftlichen Berechnungen entspringen, treiben die Unternehmer zu der Gile an, jetzt so schnell wie möglich den Lohnabbau unter Dach und Fach zu bringen.

Die Arbeiter sollten sich künftig bei der Wahl überlegen, welcher Partei sie ihre Stimmen geben. Es ist kurzfristig, aus Verzögerung oder weil man einer andern Partei einen ausweichenden will, den Feind des Proletariats zur Macht zu verhelfen. Wohin das führt, zeigt neben dem Lohnabbau auch die katastrophale Verschlechterung der Wirtschaftslage. Die Zahl der Arbeitslosen ist in der Zeit von 2,7 Millionen auf nahezu 5 Millionen gestiegen. Auch diese Steigerung ist zum wesentlichen Teil auf den Aus-

gang der Wahlen zurückzuführen. Auslandsgelder wurden zurückgezogen, Kredite nicht gewährt, und eigenes Geld flüchtete nach dem Ausland. Das brachte die Katastrophe, die die Unternehmer jetzt ausnützen. Man würde daher nicht die Schuld bei den Führern, sondern jeder lehre selbst einmal in sich, was er getan hat, die Katastrophe abzumenden. Der Stimmzettel besitzt heute eine große Macht, das möge jeder sich überlegen. n.m.

Jugend und Arbeitslosigkeit

Die im letzten Jahr ganz gewaltig gesteigerte Erwerbslosigkeit hat auch die arbeitende Jugend im allerstärksten Umfang betroffen. Auch unser Gewerbe ist davon nicht verschont geblieben. Am stärksten sind die Jahrgänge im Alter von 18 bis 21 Jahren in Mitteleuropa gezogen, also die jung Ausgelernten. Doppelt hart empfinden diese jungen Menschen die erzwungene Untätigkeit, weil sie einmal in ihren Erwartungen, nach der beendeten Lehre nun in dem erlernten Beruf Beschäftigung und Existenz finden zu können, bitter enttäuscht werden und weiter dabei noch erkennen müssen, daß die in der Lehrzeit erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten infolge der fehlenden Anwendung wieder verloren gehen. Aus dieser Situation dem jungen Arbeiter herauszuhelfen ist keine leichte Aufgabe. Neben den wirtschaftlichen und beruflichen Schäden, die dadurch entstehen, ist längere Erwerbslosigkeit des jungen Menschen auch mit starker sittlicher und moralischer Gefährdung verbunden. Verkürzung der Arbeitszeit, Beseitigung der Überstunden sind die Maßnahmen, die für alle Erwerbslose gleichmäßig wirken.

Für die unter 18 Jahre alten Arbeitsjungen werden Jugendpflegeranstaltungen getroffen und auch Beschäftigungen ermöglicht, die mehr der erzieherischen Wirkung als der Berufsausbildung dienen. Alle an der Jugend interessierten behördlichen Stellen, u. a. die Jugendämter, die Stadt- und Kreisaußschüsse für Jugendpflege, die Arbeitsämter, Berufsschulen und Handwerkskammern, bemühen sich, durch geeignete Maßnahmen die Gefahren, die durch die lange Arbeitslosigkeit entstehen, abzumenden. Auch die Jugendverbände, besonders die zu ihnen gehörenden freien Gewerkschaftsjugendgruppen, stellen sich für diese Arbeit zur Verfügung. Daraus ergibt sich für den verantwortungsvollen Jugendführer bzw. für dessen Stellvertreter ein neues, wichtiges Aufgabengebiet. Die Arbeit der Behörden an der erwerbslosen Jugend kann durch uns erleichtert werden durch Benennung geeigneter erwerbslos gewordener Kollegen, die den Behörden als Führer in der Arbeit vorgeschlagen werden. Die Gewerkschaften sind vom Bundesvorstand des ADGB, angewiesen, selbst geeignete berufsbildende Kurse abzuhalten, die nach den Vorschriften des Präsidenten der Reichsanstalt mindestens wöchentlich 12 Stunden umfassen sollen. Geeignete Räume sind bei der Stadt zu beantragen, geeignete Kollegen von uns vorzuschlagen und deren Bezahlung vom Wohlfahrtsamt zu beantragen. Zur Durchführung unserer Wünsche und Anträge müssen sich die Gewerkschaften an den örtlich gehaltenen Ausschüssen beteiligen. Die in den verschiedensten Schulen vorhandenen Werkstätten für den Arbeitsunterricht lassen sich für solche Zwecke verwenden. Überall werden Einrichtungen vorhanden sein, die noch nicht voll ausgenutzt sind, so daß Abkürzungen veranstaltet werden können. Es muß eben auf jedem nur denkbaren Weg versucht werden, der materiellen und geistigen Not der erwerbslosen Jugend zu begegnen.

Wie bei früherer Gelegenheit, so wird auch jetzt erneut die Forderung erhoben, durch eine Verlängerung der allgemeinen Schulpflicht den Arbeitsmarkt zu entlasten. Eine wichtige Frage wird auch sein, wer die Kosten für die erweiterte Berufsschulpflicht tragen soll. Neben den Ausgaben für Lehrkräfte und Schulräume usw. werden auch Beiträge an mittellose Eltern, die auf den Arbeitsverdienst der Jugendlichen angewiesen sind, not-

entmündigen und beglücken lassen will, ist allerdings eine andre, und zwar die politisch entscheidende Frage.

Übersteht man die Ergebnisse dieser absolutistischen Wohlfahrtspolitik für die Arbeitnehmererschaft, so wird man sie höchst fragwürdig finden, auch wenn man den guten Willen der faschistischen Regierung anerkennt; der gute Wille wird immer seine Grenze dort finden, wo diejenigen Kreise, die sonst die Machtgrundlage der Regierung bilden, Widerstand leisten.

Die dauernde Herabsetzung der Löhne durch den Faschismus, der die Herabsetzung der „manövierten“ Kleinhändlerpreise bei weitem nicht gefolgt ist, macht die italienischen Arbeiter nach der Statistik des Internationalen Arbeitsamtes zu den schlechtestbezahlten Europas; ihr durchschnittlicher Stundenlohn beträgt gegenwärtig 44 bis 45 Pf., also ungefähr die Hälfte dessen, was der im Verhältnis zu andern Nationen schon sehr schlecht bezahlte deutsche Arbeiter verdient.

Die Arbeitslosigkeit ist durch Lohnherabsetzung nicht verhindert worden. Ende 1930 gab es nach den keineswegs vollständigen Angaben der Regierung in Italien eine halbe Million Arbeitslose. Da der größte Teil der landwirtschaftlichen und also saisonmäßig Arbeitslosen von der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind, ist auch die Zahl für das wenig industrialisierte Volk von 40 Millionen sehr hoch zu nennen.

Den im Jahre 1919 in Italien eingeführten Achtstundentag hat der Faschismus zunächst durch das Dekret vom 5. März 1923 bestätigt, am 30. Juni 1926 aber wieder zugunsten des Neunstundentages beseitigt. Andererseits haben die Arbeitnehmer durch den Faschismus ein gesetzliches Recht auf bezahlte Ferien erhalten.

Die Arbeitslosen, Unfall- und Altersversicherung ist aus der vorfaschistischen Zeit erhalten geblieben und am 1. Juli 1928 durch eine Versicherung gegen die Tuberkulose ergänzt worden. Die letztere bedeutet allerdings nur ein befriedigendes Pflasterchen für das frühere umfassende Krankenkassenwesen, das der Faschismus ebenso vollständig vernichtet hat, wie die sehr ausgebauten Konjunktionskassen der Arbeitnehmer. Die obligatorische Krankensversicherung hat die Diktatur bisher gegen den Widerstand der Unternehmer nicht durchzuführen vermocht, und die heutigen Betriebs- und Syndikatstassen bilden einen nur höchst unzulänglichen Ersatz. Alles in allem wird man auch bei wohlwollendster Beurteilung zugeben müssen, daß die Lage des italienischen Arbeiters durch den Faschismus verschlechtert und nicht gebessert wurde.

Durch die aufgekürrte absolutistische Wohlfahrtspolitik sollen nach faschistischer Idee die Interessen der Beschäftigten, soweit sie nicht im Gegensatz zu den Interessen der Nation stehen, geschützt und der Klassenstaat überwunden werden. Den Klassenkampf will man zwar dem Prinzip nach keineswegs vollständig negieren. Er soll aber nur eine Methode mit dem unmittelbaren zu erreichenden Ziel der Zusammenarbeit der Klassen darstellen. „Der Klassenkampf kann eine Episode im Leben des Volkes sein; er kann aber nicht ein alltägliches System sein, weil das die Zerstörung des Rechtsinhalts und damit das allgemeine Elend bedeuten würde.“ (Mussolini am 3. Juni 1923). Daß eben diese Gedanken den Führern des italienischen Sozialismus selbstverständlich waren, daß Turati schon 1911 das Prinzip der Collaborazione (Zusammenarbeit) vertrat, weiß gewiß niemand besser als Mussolini, der eben dieses „Berrats“ der Reformisten wegen, die kein Verständnis für seine Ge-

walttragdien gehabt hatten, als Sorelist angegriffen und ihren Ausschluss aus der Partei beantragt hatte.

Indem der Faschismus aber auf der einen Seite drei oder mehr Klassen unterscheiden will, etwa die Handarbeiter, die Unternehmer und die geistigen Arbeiter, und indem er auf der andern Seite den Klassenkampf aufspalten möchte in einen Kampf der Berufsgruppen (categoria) und Begabung (capacita), will er die Voraussetzungen der neuen ständigen Ordnung schaffen. Jede wirtschaftliche Tätigkeit soll in dieser Ordnung als die Ausübung eines öffentlichen Amtes gelten, der einzelne nicht mehr als soziales Atom, sondern durch seinen Berufsverband erzogen und durch ihn als Mittler dem Staate gegenübertritt. Der nationale Staat aber soll, über allen Gegensätzen stehend, sie alle in Gerechtigkeit umfassen, die Zusammenarbeit sämtlicher nationalen Kräfte sicherstellen. Das etwa war die Grundvorstellung der Witzschernkommission der „Soloni“, die aus neun Professoren, sechs Advokaten und drei weiteren Mitgliedern, also mindestens aus fünf Sechstel aus Intellektuellen bestehend, im Jahre 1925 von Mussolini beauftragt, ihre Vorschläge zur korporativen Staatsform erstattete.

Die durch das Gesetz vom 3. April 1926 und die Ausführungsbestimmungen vom 1. Juli 1926 zustande gekommene Ordnung stellt wesentlich anders aus. Zunächst ist der potentielle Klassen Gegensatz dadurch anerkannt, daß Produktionsmittelbesitzer (Arbeitgeber, Gewerbetreibende) und Arbeiter in getrennten „Syndikaten“ organisiert sind. Die Spitze der Unternehmerverbände bilden die sechs tonhöckerierten Reichsjugendbünde der Industrie (samt Handwerk), der Banken, Kaufleute, Landwirte sowie der Unternehmungen der See- und Luftschifffahrt, des Landtransportes

wendig werden. Solange nichts Näheres über den Plan der Schulpflichtverlängerung bekannt ist, können wir nur erklären, daß wir dem Gedanken grundsätzlich zustimmen und an der Vorbereitung ihrer Durchführung mitwirken werden. Zunächst werden allerdings unsere Kollegen in ihren Orten darauf achten müssen, daß nicht etwa die Ausgaben für das Berufsschulwesen herabgesetzt werden. Soll die Berufsschule ihrer Aufgabe bei der gegenwärtigen Situation des Arbeitsmarktes gerecht werden, dann ist unter allen Umständen notwendig, ihre Einrichtungen so leistungsfähig wie möglich zu gestalten. Die Gewerkschaften werden ihr Teil zur Erreichung dieses Zieles beitragen.

K. S. I. n. W i l h e l m K ö m e r.

Steigerung des deutschen Exports

In dem Dunkel, in das die Weltwirtschaftskrise heute die deutsche Wirtschaft fällt, zeichnet sich ein wichtiger und erfreulicher Lichtpunkt ab: die Behauptung des deutschen Exports trotz der Erschütterungen durch die Weltkrise. Es steht heute schon fest, daß im Jahre 1930 gegenüber dem Vorjahr der gesamte Außenhandelsumsatz der Welt wertmäßig um etwa 20 Proz. zurückgegangen ist und mengenmäßig um etwa 10 Proz. Um so wichtiger ist es, daß angesichts dieser allgemeinen Schwächung der Aufnahmefähigkeit der Weltmärkte der deutsche Anteil an der Weltausfuhr sich nicht nur gehalten, sondern sogar noch gesteigert hat. Deutschland hat heute erstmalig wieder jenen Anteil an der Weltausfuhr erreicht, den das gewerblich größere Deutschland in der Vorkriegszeit hatte.

Anteil Deutschlands am Weltexport (in Prozent der Weltausfuhr)

1911/13 (altes Reichsgebiet)	11,3 Proz.
1925 (neues Reichsgebiet)	7,0 Proz.
1927	8,3 Proz.
1928	9,0 Proz.
1929	10,0 Proz.
1930	11,0 Proz.

Die große Widerstandsfähigkeit der deutschen Ausfuhr zeigt sich im Vergleich mit der Entwicklung der andern großen Industrieländer noch deutlicher. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten ist nämlich von 21,7 auf 15,8 Milliarden Mark oder um 27 Proz. gesunken, die Englands von 14,0 auf 11,6 Milliarden oder um 22 Proz., die Italiens von 3,3 auf 2,7 Milliarden Mark oder um 18 Proz., die Frankreichs von 8,2 auf 7 Milliarden Mark oder um 15 Proz. Dagegen ist die deutsche Ausfuhr nur von 13,5 auf 12 Milliarden oder nur um 11 Proz. zurückgegangen. Zum ersten Male in der Geschichte der kapitalistischen Entwicklung hat die deutsche Ausfuhr diejenige Englands überflügelt, und zwar um fast eine halbe Milliarde Mark, womit Deutschland zum zweitgrößten Ausfuhrland der Welt aufgerückt ist.

Es steht sogar fest, daß auch Amerika, wenn man nur den Export von industriellen Fertigwaren ins Auge faßt, im Krisenjahr 1930 von Deutschland übertroffen wurde. Für 1930 läßt sich der amerikanische Fertigwarenzert auf etwa 5,7 gegen 9,8 Milliarden Mark im Jahre 1929, schätzen. Da Deutschlands Fertigwarenzert nur 9 Milliarden erreichte, liegt — im Gegensatz zu 1929 — er ganz erheblich über demjenigen der Vereinigten Staaten, und er übertrifft auch noch die englische Ausfuhr von industriellen Halb- und Fertigwaren mit 8,9 Milliarden. Die starke deutsche Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt wird auch durch die Tatsache erhärtet, daß die englische Ausfuhr von industriellen Halb- und Fertigwaren im vergangenen Jahr mengenmäßig um 20 Proz. gesunken ist, während der deutsche Fertigwarenzert unter Umrechnung auf die Vorjahreswerte mengenmäßig nur etwa 4 Proz. eingebüßt hat. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß der erhebliche Rückgang der englischen Ausfuhr durch die Wirren im fernem Osten und durch die Käuferkrisis und Protestbewe-

gung in Indien, also auch aus politischen Gründen, besonders stark gelitten hat.

Aber man kann noch einen Schritt weitergehen und die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Exports auf jenen Gebieten vergleichen, wo die Konkurrenzbedingungen dieselben waren wie für England. Da zeigt sich, daß der englische Maschinenexport einen Rückgang von etwa 15 Proz. und die englische Ausfuhr von elektrischen Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen einen Rückgang um rund 10 Proz. erfahren hat. Die deutsche Maschinenindustrie und die deutsche Elektroindustrie haben dagegen ihren Vorjahresstand nicht nur wertmäßig annähernd behauptet, sondern mengenmäßig auf einzelnen Gebieten sogar ausgedehnt. Ein andres interessantes Beispiel ist der Schuhexport. Der englische Schuhexport ging von 12,8 Millionen Paar im Jahre 1928 auf 12 Millionen im Jahre 1929 und auf 10,8 Millionen Paar im Jahre 1930 zurück. Der deutsche Schuhexport ist dagegen von 2,1 Millionen Paar im Jahre 1928 auf 2,8 Millionen im Jahre 1929 und auf 3,9 Millionen Paar im Jahre 1930 gestiegen. Aus dem deutschen Einfuhrüberschuß von 2,2 Millionen Paar Schuhen im Jahre 1928 war 1930 ein Ausfuhrüberschuß von 3,1 Millionen Paar geworden.

In seinem am 5. Februar veröffentlichten Wochenbericht schreibt das Institut für Konjunkturforschung: „Die deutsche Ausfuhr hat sich im Vergleich mit der anderer Länder verhältnismäßig gut behauptet. Deutschlands Anteil am Weltmarkt und an der Einfuhr der meisten Länder ist im Jahre 1930 gestiegen. Diese offenbar hohe Anpassungsfähigkeit der deutschen Ausfuhr an die veränderten Bedingungen der Weltmarktlage läßt hoffen, daß auch weiterhin mit verhältnismäßig guten Ausfuhrergebnissen zu rechnen ist.“ Damit bestätigt das deutsche Konjunkturinstitut sehr nachdrücklich die hier getroffenen Feststellungen. Es ist daraus der Schluß zu ziehen, daß die deutsche Industrie dank der durch die Rationalisierung gesteigerten Leistungsfähigkeit und vor allem dank der hohen Leistungen der deutschen Arbeiterklasse die erste schwere Kraftprobe, vor die sie in dem Krisenjahr 1930 gestellt wurde, überraschend gut bestanden hat.

Dieser Lichtpunkt in der dunklen Gegenwart ist sehr erfreulich. Angehts dessen ist es aber kaum zu verstehen, wenn immer wieder in offiziellen Regierungserklärungen (zuletzt noch bei der Rede Brüning's in Köln) die Forderung erhoben wird, die deutsche Wirtschaft müsse wieder zum „Anschluß an die Weltwirtschaft“ gebracht werden. Wie die deutschen Unternehmer diesen Anschluß verstehen, zeigt sich ja alle Tage. Die deutschen Unternehmer und vielfach auch die mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums gefällten Schiedsprüche begründen mit diesem Anschluß an die Weltwirtschaft den unentwegt durchgeführten Lohn- und Gehaltsabbau. Dabei zeigen die Tatsachen der deutschen Exportentwicklung mit aller Deutlichkeit, daß absolut keine Rede davon sein kann, daß wir den Anschluß an die Weltwirtschaft verloren hätten und daß irgendwelcher Lohn- und Gehaltsabbau mit der Berufung auf die Notwendigkeit der Ausfuhrförderung begründet werden darf. Es zeigt sich sogar, daß Länder mit niedrigeren Löhnen und Gehältern, beispielsweise Frankreich und besonders auch Italien, im internationalen Wettbewerb viel größere Verluste erlitten haben als Deutschland. Freilich bestehen für diese hasserregende Entwicklung ernste Gefahren. Schon jetzt ist durch den deutschen Hochprotektionismus auf agrarischen Gebiet der deutsche Industrieexport nach manchen wichtigen Absatzländern gefährdet. Hier liegen wertvolle Gefahren für den deutschen Export, nicht in der Höhe der Löhne und Gehälter. Sozialdemokratie und Gewerkschaften werden deshalb in erster Linie mit allem Nachdruck für eine vernünftige Handelspolitik in Deutschland kämpfen und dafür sorgen, daß das große Aktivum der deutschen Wirtschaft, das in der Widerstandsfähigkeit der Exportindustrie liegt, nicht durch einseitige Interessentenpolitik gefährdet wird. Spd.

Abwälzung des Kapitalrisikos

Das Wesen des Monopolkapitalismus besteht darin, die Gewinne zu sichern, die Verluste aber auf andre abzuwälzen. Der Unternehmer soll zum „Kartellzentner“ werden, der seine Gewinne mit ebenso großer Sicherheit und Pünktlichkeit bezieht wie der Staatspensionär. Die gegenwärtige juristische Weltwirtschaftskrise ist ein Beweis dafür, daß das Unternehmertum mit diesem Bestreben Erfolg hatte. Sie ist aber gleichzeitig ein Beweis dafür, daß uns dieser Weg zum Zusammenbruch der Wirtschaft führen muß.

Es ist dem Unternehmertum gelungen, die Last der Krise in erster Linie auf die Schultern der Arbeiterklasse zu legen. In früheren Krisen kam erst der Zusammenbruch der Preise, dann das Absinken der Löhne, so daß für die Beschäftigten selbst während der schlimmsten Krisen der Reallohn noch steigen konnte. Diesmal ist der Lohnabbau dem Preisabbau vorangegangen, so daß auch der Reallohn der Beschäftigten beträchtlich gesunken ist. Dazu kommt eine Arbeitslosigkeit von einem bisunter unerhörten Ausmaß. Es wäre aber ganz falsch, die Lage der „Wirtschaft“, wie sich unsere Unternehmer mit Vorliebe nennen, nach den katastrophalen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt zu beurteilen. Es geht dem Kapital nicht annähernd so schlecht wie der Arbeit. Die „Gewinnminderung des Monopolkapitalismus“ funktioniert noch. Es wird jetzt, in der Zeit der schlimmsten Krise, kaum mehr über die Not der Unternehmer geklagt, als in der Zeit der Hochkonjunktur des Jahres 1927. Diese verhältnismäßige Stabilisierung der Gewinne verlegt aber nicht nur das Risiko unserer chaotischen Wirtschaft immer mehr auf die Seite der Arbeiter, sondern sie läßt auch den Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft, der sonst für die Selbstheilung der Krise sorgte. In dem Streben, die Gewinne zu sichern, verschleppt das Kapital die Krise ins Endlose. Eine Krise wächst aber wie eine Laubne, je länger sie dauert.

Man weiß, daß unsere großen Geschäftsmacher das Licht der Öffentlichkeit scheuen. Die Wandlungen der Wirtschaft vollziehen sich hinter einem Schleier, der stellenweise ganz undurchsichtig ist. Man kann darum nur in großen Umrissen andeuten, in welchen Formen sich die Abwälzung des Kapitalrisikos auf die Arbeiterklasse vollzieht.

Es ist eine Binsenwahrheit, daß Bilanzen nicht nur „freisiert“ werden können, sondern auch frisiert werden. Es ist in der ganzen kapitalistischen Welt zur Gewohnheit geworden, Gewinne in den Bilanzen zu verschleiern und „stille Reserven“ zu bilden. Reingewinn wird nicht mehr ausgewiesen als man aus irgendwelchen Gründen ausweisen will. Gelegentlich geht einmal auch eine Unternehmung zu weit. Als zum Beispiel der Krupp-Konzern eine Bilanz mit 4½ Millionen Verlust vorlegte, lastete man an der Börse, so offensichtlich war der Schwindel.

Das Verschleiern der Gewinne in den „stillen Reserven“ ist nicht so gefährlich wie das Verschleiernlassen der Gewinne unter den Selbstkosten. Dieser volkswirtschaftliche Betrug wird in doppelter Form vorgenommen: durch die Absetzung der Unternehmung in ungenutzten Liegend- und Posten und durch die Überbewertung der Anlagen.

Auf die gleiche Zahl Arbeiter und Angestellte treffen heute meist zwei- und vielfach dreimal so viel Direktoren und Aufsichtsräte wie vor dem Kriege. Diese Entwicklung ist wichtiger als man gewöhnlich annimmt. Sie bedeutet den Übergang vom Dividendenkapitalismus zum Gehaltskapitalismus. Ein immer größerer Teil des Gewinns der kapitalistischen Wirtschaft wird nicht mehr als Reingewinn ausgewiesen, sondern verschwindet als Gehaltszahlung auf den Unkostenkonto. Auf diese Weise wird die volkswirtschaftliche Unbilligkeit erreicht, daß der Reingewinn der Kapitalisten zur Steigerung der Produktionskosten beiträgt, die dann den Unternehmern als bestbezahlter Vorwand zur Lohnrückbildung dient. Den Kapitalisten selbst kann es natürlich gleichgültig sein, ob sie ihre Gewinne als Aktionäre oder als mehr oder minder beschäftigte Direktoren Gewinn einziehen.

Eine ähnliche Wirkung wird durch die Überbewertung der Anlagen erzielt. Wenn zum Beispiel der Stahlverein Werke, die nur 300 Mill. M. wert sind, für 800 Mill. M. einbringt, so bedeutet das, daß 500 Mill. M. Gewinne vorweggenommen werden. Das Unternehmen wird nach außen schlecht rentabel erscheinen, denn es muß 500 Mill. M., die gar nicht vorhanden sind, auf dem Selbstkostenkonto verjagen und tilgen. Bei den meisten Kartellen und Monopolkombinationen wird man ähnliche Vorgänge verfolgen können.

Noch auf einem andern Gebiet zeigt sich die Tendenz zur Risikolüberwälzung. In dem Bestreben, die Unkosten zu senken, werden die Warenlager immer mehr abgebaut. Der Kleinhändler will kein Kapital in das Lager stecken, sondern er will, wenn er Bedarf hat, rasch auf den Großhändler zurückgreifen können. Auch der Großhändler sucht sein Lager möglichst einzufrieren und kauft auf Abruf von der Fabrik. Die Fabrik, die ebenfalls keine großen Bestände festlegen will, beschleunigt oder verlangsamt die Produktion, je nach dem Eingang der Bestellungen. So wird statt auf Lager auf Bestellung produziert. Damit wird auch hier das Risiko, das früher der Kapitalist zu tragen hatte, auf den Arbeiter gelegt, der bei Rückgang der Bestellungen einfach entlassen wird, während sonst noch längere Zeit auf Lager gearbeitet wurde.

Diese Politik der Gewinnminderung und der Überwälzung des Risikos kann der Monopolkapitalismus nur durchführen, weil er die Herrschaft über die Preise und den Umfang der Produktion bekommen hat. Das Unternehmertum hätte es durchaus in der Hand, seine Gewinne aus

und der Binnenschifffahrt. Die genannten Rechtsnormen haben sechs zentrale Arbeitersyndikate sowie drei weitere Verbände, darunter für die freien Berufe und Künstler vor. Nach langen Kämpfen gelang es dem Vorsitzenden der sachverständigen Gewerkschaften, Edmondo Rossini, in letzter Stunde einen einheitlichen Arbeiterverband, sogar unter Eingliederung der geistigen Berufe, durchzusetzen — gewiß nicht der schlechteste Beweis für die Realität eines Zweiklassengegensatzes. Im November 1928 aber wurden die Klagen der Unternehmer nachgegeben, Rossini abgesetzt und der einheitliche Arbeiterverband wieder in sechs konföderierte Syndikate zerfallen.

Neben diesem vertikalen Syndikatsaufbau sah das Gesetz vom 3. April 1926 im Artikel 3 noch horizontale Querbindungen vor, welche Artikel 42 der genannten Ausführungsbestimmungen folgendermaßen beschreibt: Sie verbinden die nationalen gewerkschaftlichen Organisationen der verschiedenen Produktionsfaktoren, Arbeitgeber sowie Kopf- und Handarbeiter eines bestimmten Produktionszweiges oder einer oder mehrerer bestimmter Kategorien von Unternehmungen. Die so verbundenen Organisationen bilden eine Korporation.

Damit haben wir das Allerheiligste des Faschismus betreten und müssen uns bei dieser zentralsten aller Fragen des Faschismus zunächst einmal darüber klar werden, was die Korporationen sein sollen. Mit dem Korporativismus steht und fällt der Faschismus. Erklärt doch der Kaiser der sachverständigen Korporativismus den korporativen Staat als gleichbedeutend mit dem sachverständigen Staat.

Unter einer Korporation versteht man in der internationalen Rechtssprache einen Verband mit juristischer Persönlichkeit, der sich seinen Willen im eignen Schoß

bildet. Durch diese korporative Willensbildung unterscheidet er sich von einer „Anstalt“, welcher der Wille von außen eingeplant wird. Eine Korporativverfassung kann sich entweder auf die politische oder auf die wirtschaftliche Verfassung beziehen oder als „berufständische“ Organisation gemeint sein, in welcher die politische Gewalt aus den wirtschaftlichen Korporationen hervorgeht.

Mit all dem hat der sachverständige Korporativismus gar nichts zu tun. Sowohl eine rein politische wie eine berufständische Korporativverfassung ist — von allen andern Unmöglichkeiten ganz abgesehen — schon durch die Diktatur ausgeschlossen. Bleibt also nur die Möglichkeit einer korporativen Organisation der Wirtschaft durch den Faschismus übrig.

Vorweg muß bemerkt werden, daß es sich auch hier — bestenfalls! — um eine Zukunftsmöglichkeit handeln könnte. Denn fünf Jahre nach Erlaß des genannten Gesetzes gibt es im sachverständigen Italien noch keine einzige Korporation, wenn auch bereits ein Korporationsministerium und einen Nationalen Rat der Korporationen. Aber auch die korporative Zukunft ist nach den geltenden Vorschriften wie nach der sozialen Struktur des Faschismus eine Unmöglichkeit.

Die als „Magna Charta der Arbeit“ so viel gepriesene, am mythischen Gründungstag Roms (30. April) im Jahre 1927 verkündete und bei feierlichen Anlässen im Sprechergregierte Carta del Lavoro bestimmt unter der Überschrift „Della Stato corporativo e della sua organizzazione“ im Artikel VI, daß die Korporationen keine juristischen Personen, sondern Staatsorgane sein sollen. Damit sind sie zu Anstalten einer zentralistischen Diktatur gekoppelt.

Korrespondenzen

großem Umsatz bei kleinem Gewinn am einzelnen Stück herauszuholen, also bei sinkenden Preisen und steigender Erzeugung, wie es eine Zeitlang in der amerikanischen Konjunktur der Fall war. Wir sehen aber, daß der Monopolkapitalismus überall die Preise hochhält und zur Einschränkung der Erzeugung übergeht. Weil sich der Kapitalismus vor dem Warenüberfluß nicht mehr retten kann, schillert er in die Krise.

Nachdem der Karren in den Dreck gefahren ist, suchen nun auch staatliche Stellen nach der Schuld. Was dabei herauskommt, ist für uns Gewerkschafter sehr interessant. Sowohl in Amerika als auch in Deutschland wurde als die eigentliche Ursache der Krise festgestellt, daß die Produktionskapazität über die Konsummöglichkeiten hinausgewachsen sei, das heißt auf Deutsch, daß der Verbrauch hinter der Erzeugung zurückgeblieben ist. Eine bessere Befähigung der gewerkschaftlichen Kaufkrafttheorie kann man nicht verlangen.

Diese Kaufkrafttheorie ist von den deutschen Unternehmern buwenomal, „widerlegt“ worden. Immer wieder haben sie „bewiesen“, daß steigende Löhne die Selbstkosten emportreiben, damit die Rentabilität gefährden und die Einstellung erzwängen. Vor wenigen Monaten erschien ein Buch: „Amerikanische und deutsche Löhne“, von A. Wolfers, worin er sich über die Kaufkrafttheorie lustig macht. Er erzählt eine Geschichte von Mönchshausen, der sich am eignen Jopf aus dem Sumpf ziehen will, und glaubt damit das Wesen der Kaufkrafttheorie erfaßt zu haben. Natürlich hat er die Kaufkrafttheorie, wie das bei Unternehmertretern so üblich ist, erstens nicht verstanden und zweitens falsch wiedergegeben.

Die Kaufkrafttheorie ist nicht der Ansicht, „daß sich der hohe Lohn gleichsam selbst trägt und erklärt“. Nur ein Irrer kann behaupten, daß man Löhne unabhängig von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft festsetzen könnte. Die Kaufkrafttheorie stellt nur fest, daß in unserer Wirtschaft ständig die Neigung vorhanden ist, mehr zu erzeugen, als unter den gegebenen Verteilungsverhältnissen vom Markt aufgenommen werden kann. Der Absatz hinkt hinter der Erzeugung her und reißt sie wieder zurück. Nur eine annähernd gleichmäßige Entwicklung von Erzeugung und Absatz sichert eine annähernd ruhige Aufwärtsentwicklung.

An einer verstaubten Stelle gibt Wolfers zu, daß das Pro-Kopf-Einkommen in den Vereinigten Staaten 3/4-mal größer ist als in Deutschland, das Lohn-Einkommen aber nur 2/4-mal. Das heißt, daß der Lohnanteil in den Vereinigten Staaten damals noch niedriger war als bei uns — trotz aller absoluten Höhe der Löhne. Nach der Kaufkrafttheorie ist es aber gerade der zu kleine Lohnanteil, der die Krise herbeiführen muß. Trotz ihres hohen Standes waren in den Vereinigten Staaten die Löhne immer noch nicht hoch genug, um die rapid steigende Erzeugung aufzunehmen. Wolfers „widerlegt“ die Kaufkrafttheorie, indem er sie beweist.

Schließlich ist aber die Kaufkrafttheorie nicht so schwierig und das Unternehmertum nicht so dumm, daß es sie nicht verstehen könnte, wenn es nur wollte. Man muß nach einer Erklärung suchen, warum unser Unternehmer mit dem Selbstkostendruck vor dem Kopf herumlaufen. Der Grund ist der: Jedes einzelne Unternehmen und selbst ganze Wirtschaftszweige können ihren Gewinn steigern, wenn es ihnen gelingt, den Lohn gegenüber der Gesamtwirtschaft niedrig zu halten oder zu senken. Der Absatz dieser Unternehmungen wird nicht oder kaum gestört, während ihre Selbstkosten ermäßigt werden. Sie leben wie Schmaroger von den Löhnen, die die andern zahlen. Aber schließlich muß ein Schmaroger irgendein Opfer haben, dem er das Blut ausaugen kann. Das gesamte Unternehmertum kann nicht an den Löhnen schmarogeln, ohne gleichzeitig seinen Absatz zu vernichten. Was für einzelne Schmarogler ein Geschäft ist, ist für das gesamte Unternehmertum nahezu Selbstmord. Mit Hilfe der Ristobawägung läßt sich zwar noch eine Zeitlang auf Kosten der Arbeiterschaft schmarogeln, dann ist aber der Markt so gründlich verdorben, daß auch für das Kapital das böse Ende kommt. Es ist für unser Unternehmertum bezeichnend, daß sich bisher nur der Standpunkt des Wirtschaftsprüfers durchsetzen konnte, dagegen jeder vernünftige, planwirtschaftliche Versuch von den kurzfristigen Einzelinteressen vereitelt wurde.

Wußt aber, wenn das Unternehmertum versagt, auch der Staat versagen? Was nicht uns die „Senkung der Selbstkosten durch einen gleichmäßigen Lohn- und Preisabbau“? Gewiß, wir brauchen niedrige Preise, um uns auf dem Weltmarkt halten zu können. Auf dem inneren Markt würde aber durch einen gleichmäßigen Lohn- und Preisabbau nichts erreicht. Das alte Verhältnis zwischen zu großer Erzeugung und zu kleinem Absatz bliebe erhalten. Das war die „Theorie“. Die Praxis sieht noch viel übler aus. Jebermann weiß heute, daß der Preisabbau plötzlich stehen blieb, während er doch weit über den Lohnabbau hinausgeschritten mußte. Wenn die Selbstheilung der Wirtschaft überhaupt noch funktioniert, dann werden die Preise um so gründlicher zusammenbrechen, je länger sie künstlich gehalten wurden. Auf dem Weltmarkt haben wir den Zusammenbruch der Rohstoffpreise erlebt. Auf der Börse ist das ausgeblühte Wertegebäude der Industrie zusammengefallen. Seit Mitte des Jahres 1926 ist der Wert der an der Berliner Börse gehandelten Aktien von 21 Milliarden Mark auf rund 10 Milliarden Mark gesunken. Unser Preistrom steht auf schwachen Fundamenten. Wenn er umfällt, wird er einige Kartellrentner erschlagen, die sich das Leben leicht machen wollten, indem sie es dem Arbeiter erschwerten.

Berlin. Georg Heidenreich.

Wiesbaden. Unsere Jahres-Hauptversammlung am 23. Januar war von 90 Kollegen besucht. Als Auftakt brachte der Gesangsverein „Gutenberg“ zwei Lieder zu Gehör. Nach schneller Erledigung des geschäftlichen Teiles wurde dem Punkt „Tarifliches“ längere Zeit gewidmet. Ein Kollege drohte mit Austritt infolge Einführung des gestaffelten Ertragsbeitrags. In einem andern Falle zeigte sich unkollegiales Verhalten bei Einführung von Kurzarbeit. Restlose Klärung dieser Angelegenheiten soll in der nächstfolgenden Versammlung erfolgen. Folgender Punkt wurde erörtert: nennmehr den Jahresbericht. Von 159 Mitgliedern sind 38 arbeitslos, 75 Kollegen stehen zur Zeit in Kurzarbeit. Bei Durchsicht der Bewegungskartistik ist jeder Kollege im verflochtenen Jahr 63 Tage arbeitslos gewesen. Weiter streifte er die Anordnungen des Jahres und betonte zum Schluß die Notwendigkeit, in dieser schweren Zeit fest zusammenzukleben als Kollegen in der Arbeit und auch im Organisationsleben. Anschließend gab Kassierer Müller den Kassenbericht. Auch die Ortsvereinstufe zeigte einen verringerten Bestand als in den Vorjahren, der wohl in der Hauptsache durch die Zuschüsse zur Weihnachtunterstützung entstanden ist. Wurden doch zu dem Betrag, der vom Gau ausgeworfen wurde, weitere 200 M. verausgabt. Die hiesige Lehrlingsabteilung steht auf festen Füßen. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Beschlüssen wurde, daß Kollegen, die sich auf der Durchreise befinden und innerhalb sechs Monaten an den Ort wiederkehren, kein Ortsgehalt erhalten. Durch einen weiteren Antrag wurde der Ortsvereinsbeitrag um 5 Pf. erhöht. Der Bericht vom Ortsausfluß und einige interne Angelegenheiten bildeten den Abschluß der sehr lebhaft verlaufenen Versammlung.

Bremen. Am 25. Januar tagte im „Vereinshaus“ die Hauptversammlung des Bezirksvereins. Trotz der großen Demonstration der Republikaner gegen den Faschismus am Vormittag wies die Versammlung einen guten Besuch auf und nahm zeitweilig einen lebhaften Verlauf. Nachdem Bezirksvorsitzender Gorkert unter „Vereinsmitteilungen“ einige lokale Angelegenheiten zur Kenntnis gegeben hatte, erstattete er den Bericht über das abgelaufene Jahr, dabei die allgemeine Wirtschaftslage streifend, unter der die gesamte Arbeiterschaft die furchtbarsten Leiden ertragen muß. An der Aussprache beteiligten sich sieben Kollegen, die weniger Kritik am Jahresbericht übten, sondern mehr in eine Geschäftsordnungsdebatte gerieten. Ein Antrag, den gesamten Vorstand per Affirmation wiedergewählen, fand eine Gegenstimme, so daß Einzelwahl vorgenommen wurde. Der bisherige Vorstand wurde bis auf einen Beisitzer, der neu eintritt, bestätigt. Die weiteren Wahlen, des Lehrlingsleiters, der Wahlkommission, sowie Festsetzung des Beitrags fanden baldige Erledigung, wohingegen die Festsetzung der Vorstandsbefähigung und die Wahl eines Mitgliedes zur Hauskommission einer längeren Aussprache bedurften. Unter „Verschiedenem“ wurde es lebendig. Der Vorsitzende gab bekannt, daß es der Wunsch des Vorstandes sei, in diesem Jahre im Interesse der vielen Arbeitslosen von einem Johannisfest in der bisherigen Weise abzusehen und es mit einer Morgenfeier, die bedeutend weniger Kosten verursache, bescheiden zu lassen und den sonst für ein Gartenfest verausgabten Betrag lieber den Arbeitslosen zu geben, wozu sich auch die Versammlung einverstanden erklärte. Durch einen Zwischenruf zum Jahresbericht stellte ein Kollege, angehöriger Kollege die Behauptung auf, bei der SPD. und AGD. gäbe es keine Streikbrecher. Diese Behauptung löste große Erregung bei den Anwesenden aus. Von mehreren Rednern wurde in klarer und eindeutiger Weise das Gegenteil bewiesen, womit sich die SPD.-Kollegen anscheinend zufrieden gaben. Es mißte diesen doch endlich klar werden, daß sich die Bremer Kollegen nicht vor den Wagen der SPD. spannen läßt, was in verschiedenen Versammlungen bereits klar zum Ausdruck gekommen ist.

Gemüth. (Maschinenseher.) Am 25. Januar fand unsere Bezirks-Jahresversammlung statt. Sie war von 42 Kollegen besucht. Vorsitzender Mehner gab den Bericht für das vergangene Jahr. Das mißliche Wirtschaftslage gab auch diesem Bericht das Gepräge. Der Mitgliedsbestand am Ende des Jahres betrug 113. Der Versammlungsbesuch muß als schlecht bezeichnet werden, im Durchschnitt waren etwa 33 Proz. der Mitglieder anwesend. Den Kassenbericht gab Kollege Jöhlich. Ihm wurde für die einwandfreie Arbeit einstimmig Entlastung erteilt. In der Disziplin zu den Berichten wurde eingehend über die Lage im Gewerbe gesprochen. Die Wahl des Vorstandes erfolgte per Affirmation. Er wurde einstimmig wiedergewählt. Nur die Technische Kommission wurde ergänzt, da ein Kollege die Wiederwahl ablehnte. Die Jahresversammlung der Gauvereinigung soll am 15. März in Plauen stattfinden. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem allzu früh von uns gegangenen Bezirksvorsitzenden von Zwidan, Kollegen Robert Hesse, einen ehrenvollen Nachruf. Er würdigte die Verdienste des Verstorbenen, die er sich um den Bezirk wie um den Gau erworben hat.

Gemüth. (Drucker.) In unserer Generalversammlung am 17. Januar erstattete Kollege Beyer in ausführlicher Weise den Jahresbericht. Daraus ging u. a. hervor, daß die Mitgliederzahl mit rund 100 stabil geblieben und der Kassenbestand als günstig anzusehen ist. Besonders hervorzuheben zu werden verdient der erfreuliche gute Versammlungsbesuch bei fast jeder Zusammenkunft. Bei der Johann erloligten Vorstandswahl erhielt als erster Vorsitzender Kollege Beyer die Mehrzahl der Stimmen. Das Schriftführeramt wurde neu besetzt, alle andern früheren Vorstandskollegen amtierten weiter.

Deutsch-Glau. Nach längerer Pause läßt unsre Mitgliedschaft von sich hören. Während dieser Pause sind die Mitglieder nicht untätig gewesen. In allen Bestrebungen des Verbandes wurde lebhafter Anteil genommen. Am 17. Januar fand in der Wohnung eines Kollegen unsre Jahres-Hauptversammlung statt. Kollege Kalfert erstattete den Jahresbericht. Es wurde ihm für seine Arbeit Dank ausgesprochen und er gebeten, das Amt des Vertrauensmannes weiter zu versehen. Hierauf wurde Bericht erstattet über die Kartellführung bzw. die Vorstandsführung des DGB. Tätigkeitsberichte sollen an den Verband und den Bildungsverband gesandt werden.

Die Erörterung wirtschaftspolitischer Fragen bildete den Schluß der Versammlung.

Dortmund. (Maschinenseher.) Am 25. Januar fand unsre sehr gut besuchte Generalversammlung statt. Eingangs ehrte man das Andenken des verstorbenen Kollegen Müller (Essen). Nach Verlesung einiger Zirkulare der Zentralkommission wurde ein Kollege aufgenommen. Kollege Baader als Vorsitzender erstattete den Jahresbericht in kurzen Umsrissen. Nach diesem zählte die Vereinigung am Anfang des vorigen Jahres 110 Mitglieder, während es am Schluß 118 waren. 10 Kollegen sind konfessionslos. Nach dem Bericht des Kassierers ist ein Bestand von 254 M. vorhanden. Für die Konferenz zur Schulung im Vereinen am 8. Februar in Düsseldorf wählte man vier Delegierte. Der alte Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt, mit Ausnahme eines Revisors.

Duisburg. (Maschinenseher.) Unsr Bezirksvereinigung hielt am 25. Januar hier ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Vorsitzender Zimmermann gab in seiner Begrüßung der Hoffnung Ausdruck, daß das Jahr 1931 uns wirtschaftliche Erleichterungen bringen möge und den stellungslosen Kollegen wieder Arbeit und Brot. Der Vorsitzende gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung ehrend des Ablebens der Kollegen Heinrich Müller (Essen) und Bins (Oberhausen). Kollege Müller, der Mitbegründer unsrer Maschinensehervereinigung, Jahrzehnte hindurch Funktionär im Verband und in der Sparte, habe stets in vorderster Reihe gestanden. Die Bezirke Essen und Duisburg seien diesem Kollegen für seine aufopfernde, stets hilfsbereite Arbeit zu großem Dank verpflichtet. Möge sein Geist in der Kollegenhaft weiterleben zum Wohle der gesamten Gewerkschaft. Die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Sigen. Hierauf nahm die Versammlung Kenntnis von einigen Kundschreiben der Zentralkommission und vom Gau, Tarifverhandlungen, Berechnungskommission usw. betreffend. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ging hervor, daß unsre Vereinigung am Schluß des Jahres 1930 92 Kollegen angehört. Arbeitslos waren im vergangenen Jahre 18 Kollegen insgesamt 404 Wochen. Die Versammlungen waren im Durchschnitt von 40 Proz. der Kollegen besucht. Kollege Danneberg gab hierauf den Kassenbericht, der von der Versammlung gutgeheißen wurde. Es wurde ihm Entlastung erteilt. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. An Stelle eines zurückgetretenen Kollegen wurde ein anderer Beisitzer gewählt. Kollege Brauer (Oberhausen) dankte dem Vorstand für die geleistete Arbeit. In die Technische Kommission wurden zwei Kollegen neu gewählt. Ein Vortrag mit Lichtbildern über die Mietpreize findet im März statt. Zum Punkt „Technisches“ erklärte der Vorsitzende, daß infolge der Wahl unsrer Kollegen Christian Fette zum zweiten Gauvorsitzer von Rheinland-Westfalen eine Ersatzwahl als Vorsitzender der Berechnungskommission erforderlich werde, beglückwünschte Kollegen Fette zu seinem neuen Wirkungsbereich in Köln und wünschte im alles Gute. Kollege Beders (Duisburg) wurde hierauf einstimmig zum Vorsitzenden der Kommission gewählt. Auch Kollege Kiewski fand anerkennende Worte für die Arbeit des Kollegen Fette. Der Bezirk Duisburg müsse ihm Dank sagen, denn die beabsichtigten Verschlechterungen der Unternehmer im hiesigen Bezirk seien durch sein tatkräftiges Eingreifen abgemindert worden. Mit dem Antrag des Kollegen Mönke an a n, technische Sonntag einzulegen, war die Versammlung einverstanden, um so den Kollegen Gelegenheit zur weiteren technischen Einwirkung zu geben. Nachdem noch von mehreren Kollegen über Mißstände in den einzelnen Betrieben ausführlich berichtet worden war, war die Tagesordnung erschöpft. Vorsitzender Zimmermann schritt nennmehr zur Ehrung der Jubilare Anton Kiewitz (Duisburg) und Heinrich Kleinspel (Mülheim), überreichte ihnen stünne Geschenke und dankte ihnen für ihre langjährige treue Mitarbeit in der Hoffnung, daß sie noch recht lange unsrer Vereinigung angehören mögen. Kollege Kiewski dankte im Namen der Jubilare für die Ehrung.

Frankenthal (Pfalz). Unsr Jahres-Hauptversammlung am 18. Januar war nur mäßig besucht. Eingangs der Versammlung gedachte Vorsitzender Zehle eines verstorbenen Kollegen in ehrenden Worten. Dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß das vergangene Jahr ein arbeitsreiches war. Leider machte sich auch in unsem kleinen Ortsverein die Arbeitslosigkeit sehr unangenehm bemerkbar, hind doch von 40 Mitgliedern sieben arbeitslos und sechs zu Kurzarbeit verzerrt. Kassen- und Kartellbericht sowie der Bericht des Lehrlingsleiters fanden aufmerksame Zuhörer und volle Anerkennung der Versammlung. Die Neuwahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsfahrt mit einer kleinen Änderung unter den Beisitzern. Zum Punkt „Johannisfest“ beschloß die Versammlung die Beteiligung am Dritten Pfälzischen Buchdruckerfest in Kaiserslautern. Unter „Verschiedenem“ wurde noch eine örtliche Angelegenheit besprochen, die sich sehr lebhaft gestaltete. Mit dem Wunsch, für die Zukunft mehr Kollegen beglücken zu dürfen, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Weislingen-Steig. Am 17. Januar fand unsre Generalversammlung am 17. Januar statt. Von den Berichten des Vorsitzenden, des Kassierers und der Vorsitzenden wurde ohne Erörterung Kenntnis genommen. Es war daraus zu entnehmen, daß die tariflichen Verhältnisse am Ort im allgemeinen befriedigend sind. Gegen Schluß des Jahres trat in der Konjunktur ein Umschwung ein und es gab Entlassungen und Kurzarbeit. Wegen allzu harter Anspannung unsrer Kasse mußte das Statutum für bezugsberechtigte Durchgreifende aufgehoben werden. Sowohl in der Ortsgruppe des Bildungsverbandes als auch bei der Drucker-Sparte und der Lehrlingsabteilung herrschte während des Jahres reges Leben. Die Wahlen ergaben einige Veränderungen. An Stelle des wegen Arbeitsüberlastung zurückgetretenen Kollegen Höger wurde Kollege Hils zum Vorsitzenden des Ortsvereins gewählt und als neuer Lehrlingsleiter Kollege Wolf. Die übrigen Funktionen wurden wiedergewählt. Eine Aussprache über fachtechnische und gewerkschaftliche Fragen bildete den Schluß der Versammlung.

Glauchau (Sa.). Unsr Generalversammlung am 25. Januar erfreute sich eines guten Besuchs — von

57 Kollegen des Ortsvereins waren 44 anwesend — und nahm einen harmonischen Verlauf. Vorsitzender K r e h e r gedachte eingangs in ehrenvollen Worten dreier verborener Kollegen. Dann nahm zweiter Vorsitzender S c h u b e r t Veranlassung, des zehnjährigen Jubiläums des Kollegen K r e h e r als Ortsvereinsvorsitzenden zu gedenken; er dankte ihm für die langjährige Funktionstätigkeit, dabei den Wunsch ausdrückend, daß Kollege K r e h e r weitere Jahre in bewährter Weise dem Ortsverein Führer sein möge. Man trat sodann in die Tagesordnung ein. Der Jahresbericht des Vorsitzenden K r e h e r erzielte eingangs die derzeitige schwere allgemeine Wirtschaftslage, die sich nun in verstärkter Weise auch in unserm Gewerbe äußert. (Sind doch zur Zeit am Ort bei 57 Verbandsmitgliedern 15 Arbeitslose vorhanden.) Neuerdings gibt es in den beiden Zeitschriftenverteilungen am Ort auch noch teilweise Kurzarbeit bei den Druckern. Das Organisationsleben am Ort war im vergangenen Jahr erfreulich lebhaft; vor allem beweist dies auch die rege Anteilnahme der Kollegen am Verbandsleben. Im Jahresbericht des Kollegen S t o l l spiegelte sich natürlich die besonders schlechte Lage des Gewerbes auch wider. Den Bericht des Lehrlingsleiters, Kollegen S c h u b e r t, und des Bibliothekars, Kollegen R. K i e m a n n, und einer ungewöhnlichen Aussprache zu den Berichten schloß sich die Festlegung der Entschädigungen an. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes erbrachte keinerlei Veränderungen in der bisherigen Besetzung. Einkinnmige wurden alle Kollegen des Vorstandes wieder ins Amt berufen. „Allgemeinem“ machte der Vorsitzende bekannt, daß nun endlich am 20. Februar das Glauchauer „Volkshaus“ eröffnet wird und damit die Arbeiterkassette endlich das Heim haben wird, in dem sie sich wohlfühlen kann und wird. Interne Angelegenheiten wurden anschließend noch geklärt. Mit einem Appell an weiteres tatkräftiges Zusammenstreben der Kollegen schloß die Versammlung ab. — Noch lange lag man dann in echter Buchdruckerart zusammen.

Gildesheim. Unser Jahres-Hauptversammlung am 24. Januar war von 108 Kollegen besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorsitzender F r e u t e l einem verstorbenen invaliden Kollegen Worte ehrenden Gedenkens. In seinem Kollegen F i s c h e r wurde aus Anlaß seines 20jährigen Funktionärsjubiläums (Orts- und Bezirksleiter) in anerkennender Weise gedacht und ihm durch eine kleine Aufmerksamkeit für seine treue Tätigkeit gedankt. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen gab der Vorsitzende den Jahresbericht, aus dem zu ersehen war, daß die Tätigkeit innerhalb des Ortsvereins eine rege war. Leider hat die schlechte Konjunktur auch aus einem großen Teil erwerbsloser Kollegen gedrückt. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, unter den gegebenen Verhältnissen streng die im Tarif verankerten Bestimmungen, die die Arbeiter betreffen, zu beachten und durchzuführen. Der Mitgliederstand erhöhte sich auf 184. Der Kassienbestand ist zufriedenstellend, und dem Kassierer wurde einstimmig Entlohnung erteilt. Für durchziehende Kollegen wurden im vergangenen Jahr 944 Mark verausgabt. Über die Lehrlingsausbildung berichtete Kollege F r e i s e und über den Sachausfluß Kollege F r e u t e l. Da eine Kritik an der Tätigkeit des Vorstandes nicht geübt wurde, fand der Antrag, den gesamten Vorstand per Affirmation wiederzuwählen, fast einstimmige Annahme. Da die Anteilnahme der Kollegen am Verbandsleben zu wünschen übrig läßt, wurde die Anregung, innerhalb der Sparten eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, gutgeheißen. Es folgte noch eine kurze Erörterung der Lage im Gewerbe.

Leipzig. Am 22. Januar abgehaltene gut besuchte G a m t g l e d e r v e r s a m m l u n g wurde anfänglich der Werbewoche des Gefangenenvereins „Gutenberg“ mit einigen Kampfliedern durch die Sänger eröffnet. Durch den Vorsitzenden des Vereins wurden die Kollegen ermuntert, den „Gutenberg“ in Zukunft tatkräftig zu unterstützen. Im Vereinsbericht sprach Kollege H e l l b a r t h zunächst die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse am Ort, von 7000 Mitgliedern des Gaus sind rund 2000 arbeitslos. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse und die damit verbundene Notlage der Arbeiterkassette verurteilt ein Teil des Unternehmertums zu einem Abbau des Leistungslohnes zu benutzen. Alle die Verluste wurden abgewehrt. Weiterhin wurden einige Ausschüsse von Kollegen wegen ihres gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens bekanntgegeben. In der Aussprache kritisierte ein Kollege die Verhältnisse am Arbeitsnachweis und die Beteiligung des Ortsausschusses an der Sächsischen Werknachsichtshilfe. Ferner wünschte er eine Lösung der Verbindung mit der Reichszentrale für Heimarbeit. Einer der ausgefallenen Kollegen verteidigte seine Handlungsweise. Da er sich nicht bereitfinden konnte, seine beleidigende Ausdrucksform gegenüber Verbänden- und Gauvorstand zurückzunehmen, blieb sein Ausschluß bestehen. Im Anschluß an den Vereinsbericht referierte Schriftsteller L u i t p o l d S t e r n (Wien) über: „Die Arbeitergewerkschaft, die Mutter der Kultur“. Er begann mit dem Hinweis, daß früher ein Buch erschienen ist mit dem Titel: „Verwirrung der Gefühle“. Wir leben heute in einem europäischen, ja internationalen Arbeiterkampf, dem man später den Titel geben wird „Verwirrung der Gedanken“. Alles versucht sich heute im Sozialismus, und wir leben in einem Zeitalter, in dem der Sozialismus die Masse der Arbeiterkassette geworden ist. Dabei werden die Gedanken der Menschen noch untermittelt durch das Gend der Arbeitslosigkeit. Auf eine Stunde sollen der Versammlung die Grundlagen des internationalen Klassenkampfes in Erscheinung treten. Dabei soll nur gesprochen werden von der Gewerkschaft, und zwar über deren Zusammenhänge mit der Weltgeistigkeit. Selbst in der Öffentlichkeit der Arbeiter wird davon zu wenig gesprochen. Aber von den Felsen wird immer wieder gesprochen werden, und zwar vor allem vor der Jugend. Der junge Mensch bekommt eine Bedeutung im 20. Jahrhundert, die von den Älteren oftmals unterschätzt wird. Es gibt Aufgaben der Gewerkschaft, die ihre große Bedeutung erkennen lassen müssen, und deshalb sei auch mit Vorbedacht das Thema gewählt worden: „Arbeitergewerkschaft, die Mutter der Kultur“. Nicht jede Gewerkschaft ist eine Arbeitergewerkschaft. Das beste Beispiel zeige Amerika. Allerdings haben es die europäischen Gewerkschaften auch bedeutend leichter. Wenn hier die Bunttheit aller Klassen vorhanden wäre, sei es fraglich, ob dann die Internationale so mit Beweistrung gelungen wäre. Der Referent behandelte dann eingehend die gewerkschaftlichen Verhältnisse in Afrika und Amerika.

Um die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften voll erkennen zu lassen, schilderte er die Arbeitsverhältnisse früherer Gesellschaftsformen, so die Sklaverei und die Zeit der Leibeigenschaft. Die einen hatten dabei die ganze Qual der Arbeit und die anderen den ganzen Glanz der Erde. Mit dem Beginn des Kapitalismus kamen die ersten Arbeiterorganisationen auf. Sie entbanden sich aber nicht am Lohnkämpfen, sondern an den Berufszeichen. Solange der arbeitende Mensch nicht organisiert war, war er auch unsolidarisch. Diese Eigenschaften sind in menschlichen Beispiel n ausgeprägt und darauf hingewiesen, daß es eine der Hauptaufgaben der Arbeiterkassette sein wird, diese jahrhundertelange Erziehung zur Unsolidarität zu überwinden. Mit der Maschine erstehet der erste Internationalismus. Die Maschine ist überall gleich, ob zum Beispiel die Sechsmaschine in Leipzig steht oder in Kalkutta, sie verlangt überall die gleiche Geschicklichkeit. Mit der Maschine wird auch die industrielle Revolution geboren. Noch wehren sich Menschen in ihrer Unkenntnis und werden zu Maschinenfüttern. Das System wird dadurch nicht geändert. Erst durch die Gedankenarbeit von Marx, Engels, Kautsky, Bebel, Liebknecht, und neuerdings von Hilferding, Bauer, Luxemburg, Lenin, Trotzki und anderen, von denen jeder seine eigene Bedeutung in der Wissenschaft hat, erfolgte ein neuer Auftrieb zur geistigen Reglementierung der Arbeiterkassette. Jetzt beginnt auch der Kampf der Gewerkschaften um die Verkürzung der Arbeitszeit und um die Erhöhung der Löhne. Die Gewerkschaften wurden damit zum Regulator der Arbeitszeit und der Löhne. Sie versuchen vor allem, die Arbeitszeit wieder zurückzuverwandeln in Lebenszeit. Das ist der erste Anfang des Sozialismus. Die Einführung der 10-Stundenarbeit in England war der erste Triumph der Gewerkschaften. Die heutigen Errungenschaften werden von der Arbeiterkassette nur zu wenig erkannt, und so wird die Freizeit oftmals eine Beute der andern. Sinkt aber die Kraft der Gewerkschaften, dann sinkt die Freizeit. Diese ist aber unbedingt notwendig zur Schulung der Arbeiterkassette. Eine größere Beachtung muß in Zukunft die Arbeitsverfassung in den Betrieben finden. Der Betriebsrat ist eine Schöpfung im Innern der Gewerkschaft. Die technische Schulung der europäischen Betriebsräte ist das nächste Problem. Was überhaupt an technischer und sonstiger Schulungsarbeit die deutschen Buchdrucker geleistet haben, ist bisher nirgendwo erreicht worden. Eine Errungenschaft der Gewerkschaften liegt auch in der Schaffung des Urlaubs für die Arbeiter. Erst wenn der Arbeiter in die Lage kommt, andere Länder und andere Arbeiterbewegungen zu vergleichen, kommt er zu einem gesunden Urteil. Die Freizeit der Arbeiter muß sich verändern in Kampfszeit. Erst die freie Zeit wird ein Prüfstein für die Arbeiterkassette, und wenn erst dem arbeitenden Menschen die Mehrzahl seiner Lebensjahre zurückerobert worden sind, beginnt das Aufblühen der sozialistischen Kultur. Wer will, daß der Staat, die Geistigkeit, der Reichtum der Erde zu den Menschen zurückkommen, mag in Bezug auf Politik verschiedener Meinung sein. Eins bleibt aber immer bestehen, die Gewerkschaft ist die Mutter der Kultur, ja die größere Mutter der kommenden sozialistischen Gesellschaft. Die mit rhetorischem Schwung und starker Überzeugung vorgetragenen Darlegungen wurden mit sehr lebhaftem Beifall von der Versammlung aufgenommen. In der Aussprache wurden von zwei Kollegen einige Ausführungen des Referenten kritisiert, doch war es diesem im Schlußwort sehr leicht, diese Auffassungen zu widerlegen.

Allgemeine Rundschau

Ein verkürzter Prinzipal. Gegen die Firma Neupert, G. m. b. H., in Plauen mußten von unserm dortigen Ortsvereinsvorstand im Laufe der Nachkriegszeit öfters Klagen erhoben werden. Einmal wegen fruchtloser Entlassung eines 19 Jahre bei der Firma beschäftigten Gehilfen, ein andermal wegen Bestimmung eines Wahlvorstandes zur Betriebsratswahl, weil ein Betriebsrat in der Druckerlei existiert, und schließlich wegen des Versuchs der Firma, 50 Proz. der Leistungszulagen abzubauen. Infolge dieser Beanstandungen war das Verhältnis zwischen dem Geschäftsführer der Plauener Firma, Herrn Franz Neupert, und dem Vorstand unser Mittelstandschaft Plauen, speziell deren Vorsitzenden Kollegen Linke, ein gespanntes. Das zeigte sich besonders deutlich, als es im Vorjahr in der Firma Neupert wiederum zu Differenzen wegen Belegung einer Stereotypensetzte kam. Die Stelle sollte nicht, wie tariflich bestimmt, durch einen Stereotypsetzer besetzt werden, sondern durch einen Hilfsarbeiter — so wurde wenigstens dem Vorsitzenden berichtet. Er hatte also als pflichtbewusster Vorsitzender den Dingen nachzugehen und dafür zu sorgen, daß sie ins richtige Gleis kamen. In einer Aussprache wurde ihm von Neupert versichert, daß die Arbeit von einem Gehilfen ausgeführt werde. Bald darauf kamen erneut Klagen zu Ohren des Vorsitzenden, daß nicht ein Gehilfe — sondern zwei Hilfsarbeiter mit den Arbeiten betraut seien. Infolgedessen schickte sich Kollege Linke erneut daran, einzugreifen und schrieb an Neupert folgenden Brief: „Sehr geehrter Herr Neupert! Am 15. September hatte ich mit Ihnen eine Aussprache betr. Einstellen eines Stereotypsetzers. Sie versicherten mir auf Ihr Manneswort, daß Sie einen Gehilfen anlernen ließen. Nun mußte ich erfahren, daß jetzt zwei Hilfsarbeiter die Stereotyparbeiten erledigen, aber kein Gehilfe. Ich bitte Sie höflich, Ihr Manneswort einlösen zu wollen und einen Sechsergehilfen mit diesen Arbeiten zu betrauen. In der Erwartung, daß diese Angelegenheit im Guten geregelt wird, zeichnet Plauen, 1. Oktober 1930 Hochachtungsvoll Robert Linke, Gehilfenvorsitzender.“ Auf dieses doch gewiß höfliche Schreiben ging folgende, ebenso unhöfliche wie unvergämbare Antwort ein:

Herrn Robert Linke, Vorsitzender des Ortsvereins Plauen im Verband d. B. D. Plauen i. V.
Auf Ihren Brief vom 1. Oktober 1930
Es ist unwohl, daß ich am 15. September d. J. bei einer Aussprache Ihnen auf Manneswort versichert hätte, daß ich einen Wechsell für Stereotypen anlernen ließe.
Wahr hingegen ist, daß ich Ihnen sagte — statt und einfach ohne das theatralische „Manneswort“ — daß die Stereotyparbeiten von Gehilfen erledigt werden. Auf Ihre Frage nach dem Namen dieser Gehilfen, wies ich dieses Ansuchen als unbedeutend zurück, womit Sie sich befriedigen.
Nach atembern ich mir der Inhalt Ihres Briefes ein v o l l k o m m e n e s A n t w o r t g e b e .

Wenn wie Ihre tribüne Maetac beim Arbeitgelehrer ist a l s S c h w i n d e l e r m o s t, ebenso haben Sie sich jetzt wieder von 5 0 S e n t u b e r e z u m S a n k t u n g u f m a d e n l a s s e n. Werden Sie nicht, daß Sie mit diesen armdünnen Bestatimmungen sich alle Achtung verdienen?
Sie wollen Unfluthen leben? Wozu mir gegenüber unterhalten, ich verachte auf den Anblick irgendeiner geachteten Bestatimmung.
Wollt grüß die Kunst!

Franz Neupert.

Wegen der in diesem Schreiben enthaltenen Beleidigungen strengte unser Kollege Linke mit Recht Klage gegen Neupert an, die am 31. Januar zur gerichtlichen Verhandlung gelangte. Sämtliche Verteidigungsargumente des beklagten Prinzipals erwiesen sich als sehr wenig durchschlagkräftig. Er vermochte zur Entfristung der Beleidigungsanfrage so gut wie nichts in Feld zu führen, weshalb ihn das Gericht zu einer Geldstrafe von 40 M. oder zu vier Tagen Haft und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilte. Ist auch das Strafmaß für die unverschämten Beleidigungen Neuperts gegenüber einem pflichtgemäß handelnden Gewerkschaftsfunktionär viel zu milde ausgefallen, so bleibt doch der Vorwurf großer Unachtsamkeit auf dem Beklagten stehen. Statt blindlings loszuliegen und in abwärtsgerichteten Gefühlen zu schwelgen, hätte er sich durch sachliche Überlegung selbst am besten vor Mißgriffen schützen können. Meinungsverschiedenheiten mit örtlichen Gehilfenvertretern ecklig zu bejahren, sollte für jeden Prinzipal ein erdtremendes Ziel sein!

Die unbekannte Sprache. In Müritzschlag bei Wien fand in den letzten Tagen die zweite Arbeiter-Winterolympiade statt, die aus vielen europäischen Ländern recht gut besucht war. Von dem „Babel“ gleichen Gewir in den Straßen dieses idyllischen Gebirgsstädtchens an den Sporttagen erhob sich eine Vorkstellung, wenn man folgende Anekdote vernimmt, die vielfach besetzt wurde. In einem Geschäft rief ein Verkäufer verärgert den Funktionär des Selbstbros zu Hilfe und bat flehentlich um einen Dolmetscher mit den Worten: „Es ist an der, was verkauft fater, man was net, was er redt.“ Es stellte sich heraus, daß der Fremdling mit der unbekanntem Sprache ein biederer Sack war.

Lohnnachschußbesprechung für die Druckereibuchbinder. Durch Schlußspruch ist für die Buchbinder in Druckereien der tarifliche Spitzenlohn von 1,14 M. auf 1,07 M. mit Wirkung bis zum 12. August 1931 herabgesetzt worden. Einer vorherigen Vereinbarung zwischen dem Tarifparteien entsprechend, ist der Schlußspruch bindend.

Der Kampf im Holzgewerbe. Die vom Reichsarbeitsministerium angebahnten Verhandlungen zur Beilegung der Forderung im Holzgewerbe sind ergebnislos geblieben. Die Unternehmer verlangen nicht nur eine Lohnherabsetzung um mindestens 8 Proz., sondern auch eine erhebliche Verschlechterung des Mantelarbeitvertrags, die im Endeffekt auf eine weitere Lohnminderung hinausläuft. Ingeheim dieser weitgehenden Forderungen war eine Annäherung der Parteien unbedenkbar. Im übrigen zeigte der Verhandlungsverlauf, daß beim Arbeitgeberverband schwere innere Hemmnisse vorhanden sind, die eine Verständigung im Wege sehen. Es scheint sogar fraglich, ob mit ihm überhaupt noch zu einer zentralen Vereinbarung zu gelangen ist.

Kommunistische Mißwirtschaft in Konsumvereinen. Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau äußerte sich in ihrer Nummer vom 7. Februar zur kommunistischen Mißwirtschaft in Halle a. d. S. und in einigen andern Konsumvereinen. In einem knappen geschäftlichen Rückblick rekapituliert das Genossenschaftsorgan die Missetaten, Verluste und Geschäftsschlag der nach Moskauer Befehlen handelnden deutschen Volkshilfen, um die Konsumgenossenschaften zu „Proviandkammern der Weltrevolution“ zu machen. Zur sachlichen Auffassung sei hier einiges aus den Darlegungen wiederzugeben. In einigen Städten in Mitteldeutschland, in Thüringen, in Sachsen und im Rheinland bestanden sogenannte kommunistische „Hochburgen“, in einigen Städten, darunter Berlin, starke Monopolitäten. Auch in den „Hochburgen“ ging es dank der festen Faltung der vernünftigen Elemente mit dem Volkshilfen meißens rasch bergab. In Berlin ist der russische Einfluß heute gleich Null, genau wie in Hamburg. Es ist begreiflich, daß die Moskauer Diktatoren von dieser Entwicklung wenig erbaud waren, daß sie alles aufboten, den verlorengegangenen oder mehr oder weniger rasch ihnen entzogenen Boden wieder zu gewinnen. Als Stützpunkt diente ihnen Halle, wo sie in der Arbeiterkassette über starken Anhang verfügten. Von hier aus sollte die Eroberung der Konsumgenossenschaftsbewegung vor sich gehen. Nach Halle mußten sie auch den großen Feldherrn dirigieren, der die Truppen zu leiten verstand. Endlich war der „große Mann“ — in Ermanglung eines besseren — gefunden: Karl Ettlinger. Seine Charaktereigenschaften und seine Moralauffassung genügten allerhöchsten russischen Ansprüchen. Man konnte zunächst an die Kernstellung in Halle noch nicht unmittelbar heran, deshalb nahm man zunächst den „Bräutertopf“ Merzbach auf Korn. Einem Parteibefehl geborchten blindlings die Vertreter der bedauerenswerten Mitglieder der Konsum- und Spargenossenschaft für Merzbach und Umgegend. Sie warfen Vorstandsmittelglieder, die sich nicht das geringste hatten zuzufinden kommen lassen, auf das Straßengasplaster, um, staubig parteipolitischen Winken folgend, Ettlinger eine Stellung zu schaffen. Nun begann der Angriff auf Halle. Die dortigen Geschäftsführer waren nicht gewissenhaft genug, den Befehlen Moskau widerspruchlos zu gehorchen. Es wurde ein Kriegspokal entworfen zur „militärischen Eroberung des Allgemeinen Konsumvereins“. Die bisherigen Geschäftsführer wurden fruchtlos entlassen. Man schaltete und warteten die Verpfändeten Volkshilfen. Dies Gemisch von Unfähigkeit, Größenwahn und Brutalität konnte einen Hund jammern. Eine kostspielige darningemühte Meßnahme, ein frohes Beilagen der Mitglieder und des Publikums mit aufgebrauchten „Erfolgen“, Preisschleuderei, Pump an allen Ecken und Enden — das war das Kennzeichen dieser „überlegenen“ Geschäftsführung, deren katastrophales Ende man auf Wochen voraussehen konnte. Die verantwortlichen Genossenschaftsorgane mußten natürlich Sorge treffen, daß wenigstens der Allgemeinheit aus diesem Unfug kein Schaden erwuchs. Die zentralen Handels- und Produktionsbetriebe trieben ihre Forderungen ein und sicherten sich durch Verzicht auf weitere Lieferungen. Die unter Aufsicht des Reichsamts für Privatversicherung stehende Pensionskasse kündigte vorzorglich die

